

In Freiheit leben

Deutschland sicher in die Zukunft führen

Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands

Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands
an den 36. Parteitag

Inhalt

Auf einen Blick: Das ist CDU	1
I. Wo wir stehen	5
II. Was uns ausmacht.....	9
Das christliche Menschenbild.....	9
Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit	10
Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal und konservativ.....	11
Unser Selbstverständnis	12
III. Wo wir hinwollen	16
Ein Land, das frei und sicher ist	16
Eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet	30
Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft	45
Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist	56
Ein Staat, der funktioniert und vorangeht	65
Mit unseren Werten in die Zukunft	72

1 **Auf einen Blick: Das ist CDU**

2 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag
3 Verantwortung für unser Land. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher
4 und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist das christliche Bild vom
5 Menschen.

6 Aus diesem Menschenbild leiten wir einen Dreiklang ab: Wir sehen immer
7 zuerst den einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren Würde und seinen
8 individuellen Fähigkeiten. Wir verbinden die Freiheit des Einzelnen mit
9 seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen der Welt in Demut,
10 weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen.

11 Aus diesem Dreiklang ergibt sich für uns Christdemokraten der Auftrag, mit
12 Neugier, Zuversicht und Vertrauen in den Menschen nach der bestmöglichen
13 Lösung zu suchen.

14 In der heutigen Zeit bedeutet dies für uns vor allem:

15 **Wir wählen die Freiheit!** Unser freiheitlicher Rechtsstaat schützt das Recht
16 des Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Voraussetzung
17 für Freiheit ist Sicherheit. Wir verstehen Sicherheit umfassend, als innere
18 und äußere, wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit. Unser
19 Sozialstaat gibt Sicherheit in wesentlichen Lebensrisiken, gleicht
20 Benachteiligungen aus und zielt dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, die Chancen
21 auf Teilhabe und Eigenverantwortung eröffnet.

22 **Für ein freies und sicheres Land!** Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden
23 und dulden keine rechtsfreien Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße
24 folgen. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt
25 auch für den politischen Islam.

26 **Unser Herz schlägt für Europa!** Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa
27 einen konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen die Sicherheit in Europa und
28 den Binnenmarkt stärken. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab.
29 Solide Finanzen sind die Grundlage für eine stabile EU.

30 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue
31 Weltlage erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
32 strategischen Interessen Deutschlands wieder stärker in den Fokus zu
33 rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder
34 aufs Neue verteidigt werden.

35 **Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die
36 hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber
37 anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes
38 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
39 unser Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und
40 Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Geschichte sowie die Anerkennung
41 des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann
42 sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.

43 **Zusammenhalt stärken!** Wir wollen die Bindekräfte in der Gesellschaft
44 fördern und unterschiedliche Milieus zusammenführen. Dazu setzen wir auf
45 ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

46 **Familien vermitteln Werte!** Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie.
47 Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. Familien sind
48 die Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt.
49 Gerade Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus
50 bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere
51 Aufmerksamkeit.

52 **Aufstieg und Integration durch Bildung!** Wir wollen gemeinsam mit den
53 Eltern jedem Kind die Chance auf bestmögliche Bildung und Qualifikation für
54 die Persönlichkeitsentwicklung, die demokratische Teilhabe und ein
55 erfolgreiches Berufsleben ermöglichen. Leistung und Bildungsgerechtigkeit
56 denken wir zusammen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht.

57 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft!** Kinder, die kein Deutsch
58 können, müssen wir stärker unterstützen. Kinder mit Förderbedarf wollen
59 wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer
60 Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten.

61 **Wachstum statt Stillstand!** Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches
62 Wachstum. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit einer attraktiven
63 Unternehmensteuer, schnelleren Planungsverfahren, weniger Regulierung
64 und mehr Zukunftsinvestitionen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fach-
65 und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben.

66 **Gute Löhne für gute Arbeit!** Das ist eine Frage des Respekts. Die
67 Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier
68 keinen direkten Einfluss haben.

69 **Leistung muss sich lohnen!** Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen: Wer
70 mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Wir werden kleine und mittlere
71 Einkommen entlasten und arbeitende Rentner steuerlich besserstellen.
72 Niedrigere Steuern und Abgaben sorgen für höhere Löhne, mehr Jobs und
73 stärkeres Wachstum.

74 **Wer arbeiten kann, soll arbeiten!** Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe
75 brauchen – gezielt und mit voller Kraft. Wer Sozialleistung erhält und
76 arbeiten kann, der soll arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss
77 immer gelten.

78 **Rente langfristig sichern!** Die Rente muss für alle Generationen gerecht und
79 zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Wer
80 gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss mehr haben als jemand, der
81 dies nicht getan hat. Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine
82 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen.

83 **Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich!** Dem Klimawandel begegnen
84 wir technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür
85 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
86 und bezahlbar ist. Wir richten unser politisches Handeln an den in Paris
87 vereinbarten Klimazielen aus.

88 **Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir verstehen
89 Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen
90 Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere
91 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir
92 können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten. Wir denken Politik

93 immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende Generationen und wollen
94 die Schöpfung bewahren.

95 **Staat muss funktionieren!** Deutschland braucht eine umfassende Staats-
96 und Verwaltungsreform. Wir müssen staatliche Prozesse schneller und
97 effizienter machen. Dafür brauchen wir neue Strukturen und Arbeitsweisen:
98 leistungsfähige Parlamente, digitale Behörden und weniger Bürokratie. Mit
99 einer Föderalismusreform wollen wir die Bund-Länder-Beziehungen neu
100 regeln.

101 **Demokratie braucht Demokraten!** Wir wollen zum Mitmachen in Staat und
102 Gesellschaft ermutigen, politische Beteiligung auch jenseits von Wahlen
103 ermöglichen und dazu innerparteiliche Willensbildung stärken.

104 **Einfach mal machen!** Unser Land braucht mehr Freiheit, Mut, Aufbruch und
105 Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen
106 Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was
107 floppt, wird gestoppt – und was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

108 I. Wo wir stehen

109 Der Anfang

110 Unser Land ist das Werk mutiger Frauen und Männer. Als Deutschland nach
111 dem Ende des Zweiten Weltkriegs politisch, wirtschaftlich und moralisch als
112 Ganzes in Trümmern lag, glaubten sie an eine bessere Zukunft für alle. Sie
113 glaubten an ein gemeinsames Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit.
114 Jeder wusste: Jetzt ist die Zeit, anzupacken und dieses Land wieder
115 aufzubauen, zu versöhnen und eine freiheitliche Republik zu gründen.

116 Überall im Land – von Köln bis Berlin, von Frankfurt bis Goslar und
117 Greifswald – fanden sich Demokratinnen und Demokraten in diesem Geist
118 zusammen und gründeten die Christlich Demokratische Union. Was sie einte:
119 das christliche Menschenbild, die demokratische Überzeugung und das Ziel,
120 alle gesellschaftlichen Schichten und erstmals die Konfessionen in einer
121 Union zu versammeln. Auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu
122 übernehmen und Zuversicht, Vertrauen und Glauben zu haben, ist seit
123 Anbeginn Wesenskern der CDU.

124 Und diese Zuversicht brauchte es, um nach der Katastrophe und dem
125 Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus an ein Leben in Freiheit und
126 Sicherheit zu glauben. Unter der Führung von vier Bundeskanzlern und einer
127 Bundeskanzlerin hat die CDU seitdem unser Land maßgeblich geprägt:
128 Grundgesetz und Rechtsstaat, wehrhafte Demokratie und Bundesstaat,
129 Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle, Westbindung und
130 Aussöhnung – insbesondere mit Frankreich, Israel und Polen –, Einigung
131 Europas und Deutsche Einheit, internationale Verantwortung und
132 Zusammenarbeit waren entscheidende Weichenstellungen. Genauso wichtig
133 waren die Friedliche Revolution und die Überwindung des totalitären
134 Regimes in der DDR.

135 All diese Erfolge waren nur möglich, weil die CDU immer wieder den Mut und
136 die Zuversicht bewies, die notwendigen Weichen auch gegen Kritik und
137 Widerstände zu stellen. Wie groß waren damals die Zweifel an der
138 Westbindung, wie groß das Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb,

139 wie groß der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie groß die
140 Bedenken gegen die Kosten der Wiedervereinigung, wie groß die Abgesänge
141 auf den Zusammenhalt Europas und den Erhalt der Eurozone. Und doch
142 waren all diese Weichenstellungen so entscheidend für unser heutiges Leben
143 in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

144 **Das Heute**

145 Für das, was wir gemeinsam erreicht haben, dieses Leben in Freiheit,
146 Sicherheit und Wohlstand, müssen wir heute wieder mehr Verantwortung
147 übernehmen. Wir sind durch die Krisen der Gegenwart und die Aufgaben, die
148 uns die Zukunft stellt, herausgefordert: durch Krieg, durch wachsende
149 Zweifel an der freiheitlichen Demokratie und ihren Institutionen, durch
150 Extremismus und Fundamentalismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch
151 den demografischen Wandel, durch ungesteuerte Migration, durch
152 Klimawandel und Umweltzerstörung.

153 Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch
154 Wandel und Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern unsere
155 Gesellschaft und gefährden den Zusammenhalt.

156 Als Menschen haben wir ein Bedürfnis nach Orientierung, nach Halt in
157 Vertrautem, nach einem Lebenstempo, das uns nicht überfordert und Zeit
158 lässt für uns und das Zusammenleben mit anderen. Und wir haben den
159 Wunsch nach einer besseren Zukunft für unsere Kinder und ihre Familien.
160 Die Menschen streben nach Freiheit und Sicherheit.

161 Freiheit und Sicherheit können nicht isoliert voneinander existieren. Sie
162 ergänzen und stärken sich gegenseitig. Frei und sicher zu leben bedeutet,
163 einen Platz zu finden, an dem man wachsen kann, mutig Neues zu wagen, und
164 nach dem eigenen Glück zu streben. Das geht nur gemeinsam. Es ist die
165 Erfahrung von Millionen Menschen in unserem Land, dass dieser deutsche
166 Traum gelingen kann.

167 **Das Morgen**

168 Für uns als CDU beginnt die Zukunft mit einem selbstbewussten „Ja zu
169 Deutschland“. Wir sind stolz auf unser Land.

170 Wir sind eine gefestigte Demokratie, wir sind eine der erfolgreichsten
171 Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer Rechtsstaat, wir sind eine
172 Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

173 Die CDU ist überzeugt, dass die Menschen in diesem Land miteinander
174 Zukunft gestalten wollen. Damit wir eine starke Gemeinschaft bleiben,
175 braucht es eine politische Kraft, die gemeinsame Werte und Ziele formuliert.
176 Diese Kraft wollen wir auch in Zukunft sein. Und wir laden alle ein
177 mitzumachen.

178 Die Welt verändert sich, unsere christdemokratischen Grundwerte aber
179 bleiben: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses
180 vierten Grundsatzprogramms zu zeigen, wie wir mit diesen Grundwerten die
181 Zukunft gewinnen.

182 Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wollen wir weiterhin
183 scheinbar Gegensätzliches miteinander versöhnen: marktwirtschaftliche
184 Freiheit und soziale Sicherheit, Freiheit des Einzelnen und Verantwortung
185 für die Gemeinschaft, Ökonomie und Ökologie, Wohlstandsversprechen und
186 Klimaneutralität, Bewahrung des demokratischen Nationalstaats,
187 europäische Integration und internationale Einbindung, Liebe des eigenen
188 Landes und Offenheit für die Welt, Gestaltung der Heimat und Einsatz für die
189 Welt, Werteorientierung und Realpolitik.

190 Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Die CDU
191 ist Volkspartei der Mitte und Partei des Gemeinwohls.

192 Wir verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut: Die
193 Menschen sind nicht Schöpfer der Welt, aber wir tragen Verantwortung für
194 unsere Erde. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so
195 Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen.

196 Wir arbeiten für ein Land, das frei und sicher ist; für eine Gesellschaft, die
197 zusammenhält und Chancen eröffnet; für eine Wirtschaft, die Wohlstand für
198 alle schafft; für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; für einen
199 Staat, der funktioniert und vorangeht.

200 Diese Aufgabe gehen wir mutig und entschlossen an. Wir haben allen Grund,
201 optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die CDU kann
202 Herausforderung und Zukunft, Aufbruch und Erneuerung.
203 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

204 **II. Was uns ausmacht**

205 **Das christliche Menschenbild**

206 Grundlage christdemokratischer Politik ist das christliche Verständnis vom
207 Menschen. Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen in jeder
208 Phase seiner Entwicklung. Jeder Mensch ist als von Gott geschaffenes Wesen
209 einzigartig, unverfügbar und soll frei und selbstbestimmt leben. Dieses
210 Menschenbild leitet unser politisches Handeln. Zugleich ist die CDU den
211 Traditionen der Aufklärung verpflichtet und steht allen Menschen offen, die
212 – unabhängig von der eigenen religiösen Überzeugung – ihre Grundwerte
213 teilen.

214 Wir stellen uns allen Bestrebungen entgegen, Menschen aufgrund welcher
215 Merkmale auch immer unterschiedliche Wertigkeiten zuzuschreiben. Die
216 Liebe zum Menschen vom Anfang bis zum Ende des Lebens ist der
217 grundlegende Anspruch unserer Politik.

218 Wir erkennen die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit als gleichwertig an.
219 Wir bejahen Pluralismus und Vielfalt und treten für die freie Selbstentfaltung
220 und Gleichberechtigung ein. Allen Menschen faire und reale Chancen – vor
221 allem auf Bildung, sichere und gute Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg – zu
222 eröffnen, ist ein zentrales Anliegen unserer Politik und unser Schlüssel zu
223 einer gerechten Gesellschaft.

224 Aus dem christlichen Menschenbild wird für uns gute Politik, wenn sie von
225 der einzelnen Person ausgeht und individuelle Freiheit mit Verantwortung
226 für andere verbindet. Diese Vorstellung unterscheidet uns von einem
227 libertären Individualismus, bei dem allein der individuelle Freiheitsanspruch
228 im Vordergrund steht. Sie unterscheidet uns ebenso von einer
229 identitätspolitischen Betrachtungsweise, die ein Gemeinwesen in sich
230 gegenüberstehende Gruppen aufspaltet sowie von sozialistischem,
231 nationalistischem und völkischem Denken, das dem ideologisch begründeten
232 Kollektiv den Vorrang vor den einzelnen Menschen gibt. Für uns ist der Staat
233 um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.

234 Wir wissen um die Stärken und die Schwächen des Menschen und leben
235 deshalb mit gelassener Skepsis gegenüber verabsolutierenden Ideen,
236 vermeintlichen Eindeutigkeiten und radikalen Lösungen. Denn wir wissen:
237 Politik gibt immer nur vorletzte Antworten. Wir setzen auf Alltagsvernunft,
238 die Auseinandertreibendes verbindet und in Zielkonflikten pragmatisch und
239 verantwortlich abwägt. Denn wir sind überzeugt: Darin liegt der Kern einer
240 menschenfreundlichen Politik, die eine gerechte Mitte sucht.

241 **Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität,** 242 **Gerechtigkeit**

243 Die CDU versteht sich als die Kraft, die Menschen wertschätzt und für das
244 Morgen begeistert. Wir wollen den Herausforderungen der Zeit mit
245 Vertrauen, Gestaltungskraft und Zuversicht begegnen. Die CDU will
246 Sicherheit und Orientierung geben und die Menschen für die Zukunft
247 gewinnen. Wir übernehmen Verantwortung zum Wohle aller. Wir bauen
248 heute wie damals auf ein bleibendes und beständiges Wertefundament.
249 Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind auch im 21. Jahrhundert die
250 Grundwerte unserer Politik, die uns in Verantwortung vor Gott und den
251 Menschen leiten:

252 **Freiheit** ist für uns Freiheit in Verantwortung für sich selbst, die
253 Gemeinschaft und die Natur. Sie verbindet die Entfaltung der Individuen mit
254 der Verpflichtung auf das Gemeinwohl und der Verantwortung zwischen den
255 Generationen. Sie bringt Leistungsbereitschaft hervor und führt zu
256 verschiedensten Lebensentwürfen, deren Vielfalt wir achten und schützen.
257 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue verteidigt
258 werden.

259 **Solidarität** ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur
260 des Menschen. Sie beruht auf Wechselseitigkeit und begründet Ansprüche
261 ebenso wie Pflichten. Solidarität wird vor allem im unmittelbaren
262 Miteinander der Menschen gelebt – in den Familien, dem vielfältigen
263 gesellschaftlichen Leben vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden.
264 Solidarität durch die Gemeinschaft bedarf es dort, wo nur gesamtstaatliches

265 Handeln sozialen Herausforderungen gerecht werden kann oder wo dies den
266 Einzelnen und den kleinen Gemeinschaften nicht mehr angemessen gelingt.

267 **Gerechtigkeit** ermöglicht allen Menschen, ihre Fähigkeiten zu entfalten und
268 angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben: Frauen und Männer,
269 Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine
270 gerechte Gesellschaft würdigt die Leistungen und sieht die Bedürfnisse des
271 einzelnen Menschen und sorgt für eine angemessene Verteilung des
272 Erwirtschafteten, auch über die Generationen hinweg.

273 **Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal** 274 **und konservativ**

275 Auf der Basis des christlichen Menschenbildes vereint die CDU christlich-
276 soziale, liberale und konservative Haltungen und Anliegen. Sie sind die
277 Wurzeln für das Selbstverständnis der Union. Sie immer wieder miteinander
278 in Einklang zu bringen, führt zu einer Politik von Maß und Mitte.

279 **Wir als CDU sind christlich-sozial**, weil wir den Menschen als Person und als
280 soziales Wesen begreifen. Die Verantwortung für sich selbst und die
281 Mitverantwortung für unsere Mitmenschen, die Gemeinschaft und die Natur
282 sowie der Einsatz gerade für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen
283 sind, ergeben sich aus den Prinzipien der Subsidiarität, der Solidarität und
284 des Gemeinwohls. Sie sind Grundlage christdemokratischen
285 Gesellschaftsdenkens. Es bringt individuelle Freiheit und gesellschaftliche
286 Solidarität, Eigenverantwortung gepaart mit Leistungsbereitschaft und
287 Sozialstaat in eine Balance.

288 **Wir als CDU sind liberal**, weil wir an die Freiheit und Eigenverantwortung
289 der Menschen glauben. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität, die Tag für
290 Tag das Leben der Menschen verbessert. Wir wollen die Menschen nicht
291 bevormunden, sondern ihre freie Entfaltung ermöglichen. Aus liberalem
292 Selbstverständnis heraus bekennen wir uns zum Primat des Rechts und zur
293 Gewaltenteilung, zu gesellschaftlichem Pluralismus und Vielfalt sowie zur

294 Freiheit in Verantwortung in Sozialer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur
295 und Gesellschaft.

296 **Wir als CDU sind konservativ**, weil wir Gegenwart und Zukunft im Wissen
297 um Traditionen, kulturelle Prägung und Erfahrungen unserer Zivilisation
298 denken. Wir folgen Prinzipien und wägen immer wieder neu ab, wo wir uns
299 verändern müssen. Mit dieser Grundhaltung können wir das Bewährte
300 bewahren, ohne zu erstarren, und die Zukunft gestalten, ohne übereilt dem
301 Zeitgeist zu folgen. Aus diesem Verständnis setzen wir uns für Recht und
302 Ordnung, für Nachhaltigkeit und Klimaschutz, für Bildung, sozialen
303 Ausgleich und Aufstiegschancen für alle ein. Denn so bewahren wir für die
304 Menschen Freiheit, Sicherheit, Natur und Heimat. Wir stehen für einen
305 weltoffenen Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt, statt ausgrenzt.

306 Christlich-sozial, liberal und konservativ verbinden sich zu etwas Eigenem,
307 das christdemokratische Politik ausmacht und von anderen Politikentwürfen
308 unterscheidet. Unsere Politik verbindet Selbstverantwortung und
309 Subsidiarität, Freiheit und Pluralismus, Solidarität und Gerechtigkeit,
310 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, Soziale
311 Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie,
312 Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. Damit stehen wir als
313 CDU für eine Politik, die im besten Sinne bürgerlich, weltoffen und
314 zukunftsorientiert ist.

315 **Unser Selbstverständnis**

316 **Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich**, weil wir für eine offene
317 Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee
318 des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird
319 getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen
320 Werten zuzugehören. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie
321 steht für ein Versprechen, in Deutschland mitwirken, seine Talente und
322 Begabungen einbringen und aufsteigen zu können, für gesellschaftliche
323 Integration und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die
324 Unterstützung menschlicher Bindungen. Sie entfaltet besondere Kraft durch

325 eine starke politische Verwurzelung vor Ort in Städten, Gemeinden und
326 Kreisen.

327 Dieses Versprechen bürgerlicher Politik geht allerdings noch nicht für alle
328 Menschen in Erfüllung, wenn sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer
329 sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, wegen ihres
330 Glaubens oder ihres Alters, wegen einer Behinderung oder wegen anderer
331 Merkmale benachteiligt werden. Wir in der CDU treten solchen
332 Benachteiligungen entgegen, denn sie widersprechen unseren
333 Überzeugungen von Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit. Wir sind
334 überzeugt, dass gleiche Rechte und faire Chancen für alle der Schlüssel zur
335 Gerechtigkeit sind.

336 Bürgerliche Politik verbindet Individualismus und
337 Gemeinwohlverpflichtung, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit. Sie
338 vertraut den Menschen und stiftet Zuversicht für die Gestaltung der Zukunft.
339 Denn eine freiheitliche Gesellschaft benötigt sowohl demokratisch gewählte
340 Parlamente, politisch verantwortliche Regierungen und umsetzungsstarke
341 Verwaltungen als auch eine aktive Bürgergesellschaft, wie sie in Kirchen und
342 Glaubensgemeinschaften, Vereinen und Initiativen gelebt und von vielen
343 Ehrenamtlichen getragen wird. Das eine kann und darf das andere nicht
344 ersetzen.

345 Bürgerliche Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre
346 Aufgaben, aber sie überhöht den Staat nicht als Alleinversorger oder
347 alleinigen Problemlöser. Sie will das Leistungsversprechen des Staates vital
348 erhalten, wo nötig erneuern und setzt dabei auf haushaltspolitische
349 Nachhaltigkeit. Sie erwartet von den Menschen, dass sie das Ihrige zum
350 Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen, jeder nach seinen Kräften.

351 Unsere Werte, unsere Überzeugungen und unsere Zuversicht bewahren uns
352 vor Endzeitstimmung und Absolutheitsansprüchen. Sie geben uns die
353 notwendige Gelassenheit, um die Herausforderungen unserer Zeit zu
354 analysieren, durchdachte und nachhaltige Lösungen zu finden und diese
355 dann entschieden umzusetzen. Den Gefährdungen von innen und außen
356 setzen wir Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit entgegen, unsere Offenheit
357 und innere Wertegebundenheit sind dabei nicht verhandelbar. Wir können

358 die Krisen der Gegenwart meistern und eine bessere Zukunft gestalten. Wir
359 glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen.

360 **Die CDU ist und bleibt Volkspartei.** Wir vertrauen auf die Idee der
361 Volkspartei und ihre Bedeutung für unsere Demokratie – heute und in der
362 Zukunft. Gerade im digitalen Zeitalter, in dem die Foren der
363 Meinungsäußerungen und die Formen der Meinungsbildung immer
364 unübersichtlicher werden, ist es wichtig, unterschiedliche Stimmen und
365 Interessen zusammenzuführen und Orientierung zu geben. Mehr denn je
366 sind Volksparteien daher der Ort, an dem der verfassungsrechtliche Auftrag
367 zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung erfüllt werden kann.

368 Wir sind davon überzeugt, dass starke Volksparteien vor Zersplitterung,
369 Populismus und Polarisierung bewahren. Wir sind weder einem einzelnen
370 Milieu noch einem speziellen Thema verpflichtet. Wir sehen unseren Auftrag
371 und unsere Verpflichtung für die Demokratie und den Rechtsstaat vielmehr
372 darin, auf der Basis unserer Grundwerte als Volkspartei der Mitte ein
373 einigendes Band für die Vielfalt der Interessen zu schaffen. Wir führen
374 Menschen verschiedener Geschlechter, verschiedener Herkunft und
375 vielfältiger Berufe, unterschiedlicher Bildung und Religion, mit oder ohne
376 Behinderungen, jeden Alters und aus verschiedenen Milieus, vom Land und
377 aus der Stadt zusammen und tragen so zur Stabilität unseres Gemeinwesens
378 und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Es ist unser Anspruch als
379 Volkspartei, sinnstiftende politische Heimat zu sein und allen offenzustehen,
380 die sich auf der Grundlage unserer Werte an der Gestaltung der Gesellschaft
381 beteiligen möchten. Das geschieht in besonderer Weise durch das
382 Engagement unserer Mitglieder sowie das Engagement unserer Amts- und
383 Mandatsträger vor Ort. In diesem Sinne versteht sich die CDU als
384 Kommunalpartei.

385 Wir wollen auch in Zukunft Volkspartei mit einem Gestaltungsanspruch für
386 unser Land und Europa sein. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Breite und
387 Vielfalt der Gesellschaft in unserer Partei abzubilden. Die Berücksichtigung
388 unterschiedlicher Talente und Persönlichkeiten, offene und transparente
389 Prozesse der Meinungsbildung sowie der faire und gleichberechtigte Umgang
390 miteinander sind Voraussetzung dafür. Unser Anspruch ist, dass in der CDU

391 Frauen und Männer – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter –
392 selbstverständlich und partnerschaftlich Politik gestalten und ihre
393 Interessen einbringen.

394 **III. Wo wir hinwollen**

395 **Ein Land, das frei und sicher ist**

396 Wir Christdemokraten werden geleitet von der Idee der Freiheit. Frei kann
397 nur sein, wer in Sicherheit lebt. Sicherheit ist eine Voraussetzung für ein
398 friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unser Land.

399 Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wir sind eine starke
400 Demokratie. Wir haben leistungsfähige Sicherheitsbehörden und ein
401 funktionierendes Rechtssystem. Wir sind Teil internationaler Bündnisse und
402 Partnerschaften.

403 Freiheit und Sicherheit stehen heute unter Druck, werden von alten wie
404 neuen Akteuren, von innen wie von außen bedroht.

405 Wir Christdemokraten werden allen Bedrohungen für unser Land und seine
406 Menschen entschlossen entgegentreten. Wer unsere Grundwerte wie
407 Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem
408 begegnen wir mit aller Härte.

409 Wir Christdemokraten wissen um unsere Verantwortung in Europa und der
410 Welt. Wir wollen, dass Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird und
411 sie mit Leben füllt.

412 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

413 **Sicherheit für alle**

414 **Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.** Sicherheit ist
415 eine Voraussetzung für Freiheit. Kernaufgabe des demokratischen
416 Rechtsstaates ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten –
417 in der analogen wie in der digitalen Welt. Wir wollen einen starken Staat, der
418 die Menschen in Deutschland schützt und ihnen so viele Freiräume wie
419 möglich lässt.

420 **Für ein sicheres Leben braucht es starke Sicherheitsbehörden im Innern.**

421 Leistungsfähige Sicherheitsbehörden schützen unseren Rechtsstaat und
422 ermöglichen Freiheit. Ihnen obliegt die Durchsetzung des staatlichen
423 Gewaltmonopols. Wir brauchen starke Sicherheitsbehörden für ein sicheres
424 Leben und um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. Dazu
425 setzen wir auf ausreichend Personal, eine gute Ausstattung und
426 entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz
427 sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

428 **Sicherheit muss man fühlen können.** Unsere Polizei muss deshalb noch
429 sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in
430 ländlichen Räumen sein. Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik
431 an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. Der Verwahrlosung des
432 öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für
433 Kriminalität.

434 **Wir setzen auf eine Gesellschaft, die aufeinander achtet.** Wir wollen eine
435 Kultur des Hinsehens, mehr Respekt füreinander und mehr Zivilcourage.
436 Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der die
437 Menschen füreinander da sind.

438 **Unsere Einsatzkräfte verdienen mehr Wertschätzung.** Wir stehen fest an
439 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit zu
440 verteidigen. Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen
441 Einsatz- und Rettungskräfte. Durch eine Weiterentwicklung des Strafrechts
442 wollen wir sie besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe
443 und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches
444 Hilfswerk, die Hilfsorganisationen und unsere Rettungsdienste aus der
445 Bevölkerung erhalten.

446 **Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz!** Wir dulden keine
447 rechtsfreien Räume. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss
448 umgehend bestraft werden. Wir kämpfen weiter gegen organisierte
449 Kriminalität und die Clankriminalität. Insbesondere Serientäter wollen wir
450 härter bestrafen. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole
451 sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen müssen mit der
452 ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.

453 **Gerichtsverfahren müssen schneller werden.** Wir wollen eine bessere
454 personelle Ausstattung, weniger Instanzen und einen Digitalisierungsschub
455 für die Gerichte. Dazu muss das Personal entlastet werden, vor allem durch
456 den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen
457 häufiger angewendet werden.

458 **Opferschutz geht vor Täterschutz.** Opfer von Straftaten sind oft
459 traumatisiert und leiden oftmals lebenslang unter deren Folgen. Wir wollen
460 die Opferhilfe verbessern und die Rechte der Opfer stärken. In der Aus- und
461 Weiterbildung von Polizei und Justiz muss die psychosoziale
462 Prozessbegleitung verbessert und dem Opferschutz mehr Gewicht gegeben
463 werden.

464 **Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch verbessern.**
465 Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein
466 lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir
467 müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den
468 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum
469 müssen sich insbesondere Frauen und Kinder sicher bewegen können und
470 vor sexualisierter Gewalt geschützt werden.

471 **Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit und konsequentes**
472 **Handeln.** Es braucht flächendeckend verbindliche und standardisierte
473 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder betreut werden. Qualitätsstandards
474 für die Arbeit der Jugendämter und interdisziplinäre regionale Netzwerke
475 sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern,
476 Jugendlichen und Eltern schnell und entschlossen sein. Wir wollen den
477 Kinderschutz vor allem auch in der digitalen Welt weiterentwickeln. Dafür
478 nehmen wir uns des Problems ganzheitlich an: Wir setzen auf Prävention und
479 Opferschutz, stärken die Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden
480 und verbessern die Hilfsstrukturen.

481 **Grundrechte sind auch im digitalen Raum zu wahren.** Die Wahrung und
482 Durchsetzung der Grundrechte sowie rechtsstaatlicher Prinzipien sind
483 Voraussetzung dafür, dass Digitalisierung Vertrauen und Akzeptanz findet.
484 Unseren Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stellen wir zeitgemäße,

485 effektive Werkzeuge zur Verfügung, die den Grundsätzen der
486 Anlassbezogenheit und Verhältnismäßigkeit entsprechen.

487 **Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.** Der Schutz der Menschen
488 und die Sicherheitsinteressen unseres Staates müssen Vorrang vor
489 Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Die Befugnisse in der analogen
490 Welt müssen genauso auch in der digitalen Welt zur Verfügung stehen. Diese
491 müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden.
492 Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des
493 Netzes falschen Schutz erlangen. Um schwerste Straftaten wie sexuellen
494 Kindesmissbrauch oder Terroranschläge zu verhindern, muss es möglich
495 sein, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer zu speichern und nach
496 richterlicher Anordnung auszulesen.

497 **Wir bekämpfen Manipulationen im digitalen Raum.** Wir müssen uns besser
498 schützen vor Desinformationskampagnen von ausländischen staatlichen
499 Akteuren und Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren
500 wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene
501 wie Deep Fakes sind ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit
502 eine Gefahr für die Demokratie.

503 **Wir wollen die Sicherheitsarchitektur unseres Staates modernisieren.**
504 Unser Ziel ist ein bundesweit gleichermaßen hoher Standard bei allen
505 Maßnahmen der Gefahrenabwehr. Dabei halten wir an der
506 Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen fest. Der
507 Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen muss deutlich
508 verbessert werden: zwischen dem Bundeskriminalamt (BKA) und der
509 Bundespolizei, zwischen den Polizeibehörden der Länder und auch zwischen
510 den Verfassungsschutzbehörden. Wir wollen das BKA beim
511 länderübergreifenden, polizeilichen Informationsaustausch als Zentralstelle
512 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken.

513 **Der Bund muss die Länder bei der inneren Sicherheit unterstützen**
514 **können.** Bedrohungen durch Extremismus, Terrorismus, Cyber-Angriffe
515 oder Katastrophenfälle nehmen keine Rücksicht auf Ländergrenzen oder auf
516 Grenzen von Bundesländern. Da nicht jedes Bundesland dagegen im gleichen
517 Maße wehrfähig sein kann, muss in hochspezialisierten Sicherheitsbereichen

518 eine freiwillige Übertragung von Kompetenzen der Gefahrenabwehr auf den
519 Bund oder auf andere Bundesländer ermöglicht werden.

520 **Deutschland muss besser vor Cyber-Angriffen geschützt werden.** Wir
521 wollen unsere Sicherheitsbehörden bei der Cyber-Sicherheit mit den
522 notwendigen Befugnissen, mit Fachpersonal und moderner Infrastruktur
523 ausstatten. Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen im
524 Cyber-Raum genauso möglich sein wie im analogen Leben. Wo der Staat nicht
525 selbst tätig sein darf, muss er die Bevölkerung verstärkt aufklären und
526 informieren. Zusätzlich zu den Gefahrenabwehrkompetenzen der Länder
527 wollen wir die Fähigkeiten des Bundes stärken, mit den erforderlichen
528 Ressourcen auch hochspezialisierte und gemeingefährliche Cyber-Angriffe
529 durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren.

530 **Die Bundeswehr muss bei Bedarf auch im Inland eingesetzt werden**
531 **dürfen.** Bereits heute sieht das Grundgesetz vor, dass die Bundeswehr für
532 bestimmte Aufgaben auch im Landesinneren herangezogen werden kann.
533 Der Rahmen ist jedoch zu eng definiert. Das wollen wir zum Schutz der
534 Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen nur die
535 Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt,
536 muss sie auch eingesetzt werden dürfen.

537 **Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen.** Zur
538 Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen
539 Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften,
540 zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung.
541 Die Bürger müssen sich auf ein gut aufgestelltes Warnsystem verlassen
542 können, sie sind aber auch selbst gefordert vorzusorgen. Der Bund muss im
543 Bevölkerungsschutz lageabhängig handeln können.

544 **Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen**
545 **Sicherheitsrat gebündelt in den Blick nehmen.** Innere und äußere
546 Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Dementsprechend müssen
547 die institutionellen Strukturen angepasst werden. Es braucht einen zentralen
548 Ort der Koordination, der strategischen Vorausschau, der Krisenprävention
549 und der Bündelung relevanter Erkenntnisse des Bundes und der Länder.

550 Hierzu wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt
551 einrichten.

552 **Für eine wehrhafte Demokratie**

553 **Der Staat muss Feinde unserer Demokratie hart bekämpfen.** Deutschland
554 ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit
555 sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten gefährden unsere
556 Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen und unsere
557 Freiheit und offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben
558 Medaille. Wir antworten mit schlagkräftigen, vernetzten
559 Sicherheitsbehörden, einer funktionsfähigen Justiz und starken
560 Nachrichtendiensten.

561 **Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus.** Wir brauchen
562 Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und
563 Terror – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus,
564 Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss
565 Gefährder früher identifizieren und mit allen gesetzlichen Möglichkeiten
566 überwachen können. Radikalisierungsprozesse müssen bereits in den
567 Anfängen erkannt und unterbunden werden. Präventionsprogramme
568 müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung gestärkt und
569 ausgebaut werden. Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden
570 müssen konsequent den finanziellen Unterbau und Finanzströme von
571 extremistischen Gruppen aufklären. Mittel für die politische Bildung dürfen
572 nicht einseitig verteilt werden.

573 **Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in**
574 **unserer Gesellschaft haben.** Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und
575 widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten
576 jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen jede Form
577 des Extremismus mit voller Härte.

578 **Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte**
579 **Gefahren.** Unser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine
580 islamistische Ordnung anstreben. Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.
581 Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir

582 viel intensiver in den Blick nehmen. Wir dulden dabei keinerlei
583 Rückzugsräume. Islamische Organisationen, die unter Beobachtung des
584 Verfassungsschutzes stehen, dürfen weder Gesprächs- noch Vertragspartner
585 sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden.

586 **Judenhass und Antisemitismus haben in Deutschland keinen Platz.**
587 Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben
588 können. Wir bekämpfen Judenhass und Antisemitismus, auch
589 israelbezogenen Antisemitismus, überall, auf unseren öffentlichen Plätzen,
590 in Schulen oder im Internet. Dazu reichen nicht nur harte Maßnahmen der
591 Strafverfolgung. Es braucht ein Signal der Gesellschaft: Wir stehen an der
592 Seite der Jüdinnen und Juden. Wir lassen uns in Deutschland nicht
593 einschüchtern von antisemitischen Gefährdern. Wir kämpfen gegen
594 Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit und Relativismus.

595 **Humanität und Ordnung**

596 **Die Außengrenzen der EU müssen besser geschützt werden.** Wir in Europa
597 müssen jederzeit wissen und Kontrolle darüber haben, wer warum über
598 unsere Grenzen zu uns kommen will, wer sich bei uns aufhält und wer uns
599 wieder verlässt. Die Einreise muss an den Außengrenzen der EU umfassend
600 elektronisch überwacht werden. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche
601 und technische Grenzschutz, wo immer es nötig ist. Frontex muss eine echte
602 Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen werden. Unser
603 Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam
604 europäisch zu schützen. Bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz
605 müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben.

606 **Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung.** Das
607 europäische Asylrecht ist in der Praxis inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu
608 arm oder zu krank ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa
609 machen. Das jetzige europäische Asylrecht führt somit zu einem Recht des
610 Stärkeren. Zudem müssen wir feststellen: Es gelingt Europa nicht länger,
611 zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen zu unterscheiden.
612 Wer es nach Europa geschafft hat, sucht sich das Land seines Aufenthaltes
613 frei aus und bleibt – gleichgültig ob er unseres Schutzes bedarf oder unter
614 dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert.

615 **Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückverlangen.** Wir wollen
616 einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der
617 humanitären Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit
618 Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären
619 Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme
620 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen
621 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein.

622 **Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der in
623 Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und
624 dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der
625 sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit
626 dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung
627 getroffen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der
628 Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen
629 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu
630 beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des
631 Schutzes frei auszusuchen, und gewähren keinen Schutzanspruch aufgrund
632 einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.

633 **Wir wollen Schutzbedürftige durch humanitäre Kontingente aufnehmen.**
634 Als Christdemokraten standen und stehen wir zu unserer humanitären
635 Verantwortung. Wir haben in der Vergangenheit Menschen Schutz und
636 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
637 sich auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, weil er nicht aus einem EU-
638 Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland
639 einreist, und dies erfolgreich tut, soll Schutz in unserem Land finden. Das
640 Konzept der sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich
641 aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb
642 dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes
643 eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent
644 schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und auf die
645 Koalitionäre verteilt. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an
646 die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und
647 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

648 **Deutschland in der Welt**

649 **Unsere Außen- und Sicherheitspolitik verlangt einen fundamentalen**
650 **Perspektivwechsel.** Die neue Weltlage erfordert es, unsere geopolitische
651 Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere
652 Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen
653 ausrichten. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb von
654 EU, NATO und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll sich noch
655 enger mit seinen Wertepartnern abstimmen und in der Lage sein,
656 gemeinsame Interessen mit seinen Partnern auch durchzusetzen. Eine
657 starke transatlantische Freundschaft muss das Fundament deutscher
658 Außenpolitik bleiben.

659 **Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden.** Wir
660 setzen bei unserer Außenpolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen
661 Zusammenarbeit. Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich
662 insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale
663 auftritt. Auf diese geopolitischen Herausforderungen wollen wir angemessen
664 reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden.
665 Dafür verringern wir wirtschaftliche Abhängigkeiten – insbesondere bei
666 strategischen Wirtschaftsgütern und kritischen Rohstoffen durch
667 Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz
668 sicherheitsrelevanter Technologien, digitaler Infrastrukturen sowie durch
669 eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika und den
670 Ländern des Indopazifiks.

671 **Wir müssen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der**
672 **Welt beitragen.** Diese ethische Verpflichtung entspringt unserer christlichen
673 Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen. Wir finden uns nicht
674 damit ab, dass weltweit jeder zehnte Mensch unter Hunger und bitterer
675 Armut leidet. Wir setzen auf Hilfe zur Selbsthilfe, die sich an den UN-
676 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet. Erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften
677 sind in unserem eigenen Interesse, etwa wenn es um Friedenssicherung und
678 Konfliktlösungen, um die Verringerung von Fluchtursachen oder den
679 globalen Klima- und Gesundheitsschutz geht. Sie muss zugleich besser
680 gebündelt und mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit

681 abgestimmt sein, um damit auch der Investitionsförderung im Rahmen der
682 „Global Gateway Initiative“ der EU strategische Wirksamkeit zu verleihen. Sie
683 soll strategischer an unseren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen
684 ausgerichtet und mit klaren Erwartungen und überprüfbaren Ergebnissen
685 eingesetzt werden. Damit begrenzen wir den Einfluss geopolitischer Rivalen
686 und Wettbewerber. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche
687 Initiativen stärker unterstützen – gerade auch bei grünen Technologien.

688 **Die Verbindung zu unserem Nachbarkontinent Afrika muss strategisch**
689 **ausgebaut werden.** Wir bilden Partnerschaften mit den afrikanischen
690 Ländern und unterstützen so den Weg zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher
691 und nachhaltiger Entwicklung. Wir begegnen ihnen auf Augenhöhe und
692 stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit. Wir wollen die
693 Afrikanische Union und andere regionale Zusammenschlüsse stärken, damit
694 die afrikanischen Staaten für ihre eigene Sicherheit und wirtschaftliches
695 Wachstum sorgen können und das Ziel der kontinentalen Freihandelszone
696 gelingt. Die Gesellschaften der afrikanischen Staaten sind für uns dafür
697 unverzichtbare Partner.

698 **Wir setzen uns für den Schutz universeller Menschenrechte ein.** Die
699 Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ist
700 für unser Handeln unverrückbares Fundament. Wir lehnen jede Form der
701 kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. Wir
702 setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der
703 Menschenrechte ein. Wir machen uns für den Schutz von
704 Menschenrechtsverteidigern, ethnischen Minderheiten und marginalisierten
705 Gruppen, für das Recht auf Religionsfreiheit und den Schutz religiöser
706 Minderheiten stark. Die Lage der verfolgten Christen ist uns dabei ein
707 besonderes Anliegen.

708 **Die Wahrung des Völkerrechts und der Schutz der multilateralen**
709 **Ordnung sind für uns unverhandelbar.** Wir stehen ohne Wenn und Aber zu
710 unseren Partnern, auch im Krisenfall. Ein Russland, das einen
711 verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung
712 sowie die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, kann kein
713 Partner sein. Wir hoffen, dass ein anderes Russland eines Tages als

714 kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner zurückgewonnen
715 werden kann. Dafür muss Russland vor allem das Existenzrecht seiner
716 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren. Bis dahin kann europäische
717 Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden. Die Ukraine, die Opfer
718 dieses Angriffskrieges ist, muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale
719 Integrität weiterhin die umfassende Unterstützung Deutschlands und der
720 freien Demokratien des Westens haben. Das gilt auch auf ihrem Weg zur
721 Mitgliedschaft in der EU und der NATO.

722 **Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.** Israels Existenzrecht und
723 die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger sind für uns nicht
724 verhandelbar. Israel hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt
725 zu leben. Für die Sicherheit Israels zu sorgen, bedeutet auch, sich für die
726 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen.

727 **Wir stehen zur Bundeswehr**

728 **Wir wollen eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr.**
729 Deutschland muss sich den Realitäten der veränderten Weltlage stellen und
730 dabei auch seiner Führungsverantwortung gerecht werden. Dafür müssen
731 wir wieder in der Lage sein, das eigene Land, die Partner in der EU und das
732 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir
733 brauchen modern ausgerüstete, kampfstärke, durchhaltefähige Streitkräfte.
734 Die Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei.

735 **Die Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden.** Die militärischen
736 und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt und auf den militärischen
737 Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell muss die
738 Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Das Beschaffungswesen und die
739 rüstungsindustrielle Basis müssen neu und strategisch ausgerichtet werden.
740 Ziel muss sein, die gravierenden Fähigkeitslücken auf hohem
741 technologischem Niveau und wo immer möglich mit gemeinsamen
742 europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von zehn Jahren zu schließen.
743 Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich
744 begrenztes Sondervermögen. Zur Finanzierung des Umbaus des Systems
745 Bundeswehr und kampffähiger Streitkräfte wollen wir den NATO-
746 Verpflichtungen umfassend entsprechen.

747 **Wir stehen zu den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr.** Sie
748 dienen unserem Land. Als Staatsbürger in Uniform sind sie bereit, ihr Leben
749 für unsere Freiheit einzusetzen. Dafür gebührt ihnen unser aller höchste
750 Anerkennung und ein sichtbarer Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir
751 unterstützen öffentliche Gelöbnisse, einen nationalen Ehrentag für die im
752 Dienst verwundeten oder gefallenen Soldatinnen und Soldaten und für
753 unsere Veteranen. Wir sind für eine regelmäßige Präsenz von Soldatinnen
754 und Soldaten im täglichen Leben und auch zur Nachwuchsgewinnung an
755 unseren Schulen. Wir wollen, dass herausragende militärische Leistungen
756 deutlich höhere Anerkennung erfahren. Die Soldatinnen und Soldaten
757 verdienen es, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber auch materiell attraktive
758 Rahmenbedingungen bietet. Um den Personal- und Kompetenzbedarf der
759 Streitkräfte langfristig zu sichern, darf es auch nach der Aussetzung der
760 Wehrpflicht keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept eines
761 verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres
762 Landes zugutekommen.

763 **Wir müssen den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken.** Die
764 europäischen Partner innerhalb der NATO müssen eigenständig militärisch
765 handeln können, wenn dies für die NATO als Ganzes nicht möglich ist. Die
766 sicherheitspolitische und militärische Eigenständigkeit Europas im NATO-
767 und EU-Rahmen wollen wir stärken. Die militärischen Strukturen
768 europäischer NATO-Partner müssen noch stärker integriert werden,
769 militärische Ausrüstung muss gemeinsam mit europäischen Partnern
770 entwickelt und beschafft werden. Wir wollen, dass die Kooperation der
771 wehrtechnischen Industrie in Europa länderübergreifend noch konsequenter
772 und zielgerichteter vorangetrieben wird, um langfristig wirtschaftlich und
773 technologisch wettbewerbsfähig zu sein. Damit Deutschland auf
774 europäischer Ebene anschlussfähig bleibt, muss sicherheits- und
775 verteidigungsrelevante Forschungskooperation mit Hochschulen ermöglicht
776 werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Auch die nukleare
777 Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung soll mit unseren
778 europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu
779 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden.

780 **Politik für Europa in Frieden und Freiheit**

781 **Wir sind die deutsche Europapartei.** Die europäische Idee hat Versöhnung
782 über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für die dauerhafte
783 Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst
784 eine Politik für den Frieden in Freiheit. Wir stehen für ein nach innen und
785 außen starkes, sicheres, demokratisches, geopolitisch handlungsfähiges,
786 zukunftsorientiertes, wettbewerbsfähiges, soziales und bürgernahes Europa.
787 Gerade weil die großen Herausforderungen unserer Zeit von keinem
788 Nationalstaat allein bewältigt werden können, müssen wir die
789 geostrategische Handlungsfähigkeit der EU und die Durchsetzung ihrer
790 gemeinsamen Interessen stärken. Der deutsch-französische Motor und das
791 Weimarer Dreieck mit Polen sind dabei für uns elementar. Vor dem
792 Hintergrund des zunehmenden internationalen Systemwettbewerbs und der
793 anhaltenden Blockbildung setzen wir uns für eine starke europäische Stimme
794 in der Welt ein. Die EU muss ein geopolitischer und weltpolitikfähiger Akteur
795 werden.

796 **Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft.**
797 Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarkts, die Stärkung
798 der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und
799 Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik,
800 Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Die
801 Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind bei der Realisierung unser
802 Leitmotiv. Wir setzen uns für eine bessere grenzüberschreitende
803 Zusammenarbeit ein, denn so wird Europa für die Menschen erfahrbar. Wir
804 verstehen die EU als starke Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten mit
805 supranationalen Merkmalen. Wir streben eine klare Ordnung der
806 Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den
807 Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an. Die Länder der
808 EU müssen auch in Zukunft über die Verteilung der Zuständigkeiten
809 entscheiden.

810 **Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen.** Wir sind offen für eine
811 sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die EU. Zugleich
812 erwarten wir einen Schutz des Identitätskerns unserer deutschen

813 Verfassung. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Verfassungsgerichte
814 innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbunds gestärkt werden.

815 **Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU substanziell stärken.** Dazu
816 wollen wir die EU und ihre inneren Prozesse reformieren.
817 Entscheidungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden, unter
818 anderem durch Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
819 Sicherheitspolitik. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht
820 des Europäischen Parlaments; Gesetzesvorschläge, die am Ende einer
821 Legislaturperiode nicht beschlossen sind, verfallen und müssen
822 gegebenenfalls neu eingebracht werden. Die Europäische Kommission soll
823 spürbar verkleinert werden. Die Instrumente der „verstärkten
824 Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der Pioniere häufiger
825 genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische Gemeinschaft
826 weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der EU hinaus zu
827 vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken.

828 **Das Versprechen der europäischen Integration für Beitrittskandidaten**
829 **muss realistisch sein.** Es darf keine Abstriche bei den Beitrittskriterien
830 geben. Der Weg sollte schrittweise und mehrstufig über den Zugang zum
831 Binnenmarkt, die Gewährung der vier Grundfreiheiten, die Teilnahme an
832 europäischen Programmen sowie die Gewährung des Beobachterstatus hin
833 zur Mitgliedschaft in der EU führen. Jeder Schritt soll auch für sich
834 genommen als dauerhafter Status im Sinne einer engeren
835 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein.

836 **Wir treten entschieden für eine Stabilitäts- und Wachstumsunion ein.** Wir
837 wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Eine Schulden- und
838 Haftungsunion lehnen wir kategorisch ab. Den Stabilitätsmechanismus
839 wollen wir zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Auch
840 Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und einem
841 zukünftigen Europäischen Währungsfonds können nur unter eindeutigen
842 Konditionen vergeben werden. Weitere Ziele sind die Vollendung der
843 Banken- und Kapitalmarktunion, die Weiterentwicklung der europäischen
844 Fiskalregeln im Sinne einer vorsorgenden Haushaltspolitik, die konsequente
845 Sanktionierung von Verstößen gegen die Stabilitätskriterien und die

846 Einführung von Insolvenzverfahren für Mitgliedstaaten. Die Europäische
847 Zentralbank muss unabhängig bleiben. Eine Weiterentwicklung des
848 einmaligen europäischen Wiederaufbaufonds zu einer Transferunion lehnen
849 wir ab.

850 **Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur.** Die
851 Staaten der EU müssen auf dem Feld der inneren Sicherheit enger
852 zusammenrücken. Die für die Prävention und Strafverfolgung relevanten
853 Daten müssen zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden so umfassend
854 und schnell wie möglich ausgetauscht werden können. Wir wollen Europol zu
855 einem „europäischen FBI“ weiterentwickeln. Die operativen polizeilichen
856 Befugnisse sollen weiter bei den Mitgliedstaaten liegen.

857 **Eine Gesellschaft, die zusammenhält und** 858 **Chancen eröffnet**

859 Wir Christdemokraten lassen uns leiten von dem Respekt vor der
860 Individualität der Person. Wir schätzen die Vielfalt der Menschen. Aus dieser
861 Vielfalt Zusammenhalt und Gemeinschaft zu schaffen, das ist seit jeher unser
862 Anspruch, aus ihr ergibt sich unsere Stärke als Volkspartei.

863 Wir vertrauen den Menschen und wir trauen ihnen etwas zu.

864 Unsere Welt wird immer unübersichtlicher und schneller. Menschen sehnen
865 sich in ihr nach Geborgenheit und Sicherheit. Wir leben aber auch in einer
866 Welt, die Freiheiten gibt und voller Möglichkeiten ist. Unsere Politik will
867 Orientierung und Zuversicht geben. Unsere Politik will ermutigen. Unsere
868 Politik will zusammenführen.

869 Wir bieten ein Leitbild für eine Gemeinschaft, in der niemand allein gelassen
870 wird und in der jeder Mensch Respekt erfährt. Wir bieten ein Leitbild für eine
871 Gesellschaft, die gemeinsam in eine bessere Zukunft geht.

872 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

873 **Unser einigendes Band**

874 **Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur.** Je vielfältiger und pluraler
875 eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das
876 diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu
877 unserer Leitkultur gehören insbesondere die Achtung der Würde jedes
878 einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
879 das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur
880 Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die
881 Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der
882 Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das
883 Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und
884 Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine
885 unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche
886 Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche,
887 des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur
888 und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden
889 Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört
890 ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die
891 deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir
892 erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen
893 und Regeln. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte
894 Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen
895 Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt.

896 **Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus.** Wir sind stolz auf
897 Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und
898 Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unser
899 vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und
900 Kulturlandschaft, das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen
901 Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte
902 und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld
903 nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold
904 die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen
905 Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik. Sie stehen für
906 Einigkeit und Recht und Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates.

907 Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23.
908 Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur
909 Lage der Nation“ werden.

910 **Deutschland lebt vom Ehrenamt.** Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein
911 Staat zu machen. Die gesellschaftliche Leistung ist keine
912 Selbstverständlichkeit. Es wird Zeit, Kraft und Herzblut geschenkt – im Sport,
913 in Freiwilligen Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und
914 Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, für die Kultur und in der Politik.
915 Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer gehören zu den wertvollsten Stützen
916 einer lebendigen Demokratie. Wir wollen, dass ihre Leistung größere
917 gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern,
918 indem wir Rechtsvorschriften und die Förderlandschaft vereinfachen und
919 übertriebene Haftungsregeln abbauen. Der Mensch gehört in den
920 Mittelpunkt, nicht das Ausfüllen von Formularen.

921 **Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Wir verstehen
922 Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als
923 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür brauchen wir Barrierefreiheit in allen
924 Lebensbereichen. Dazu gehört für uns politische Partizipation und
925 Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die
926 Selbstbestimmung und das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit
927 Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben
928 gleichberechtigt teilhaben können. Wir schätzen die professionelle Arbeit in
929 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in
930 Behindertenwerkstätten.

931 **Familien geben Sicherheit**

932 **Ehe und Familie sind Keimzelle unserer Gesellschaft.** Wir stehen zum
933 Leitbild von Ehe und Familie. Wir bekennen uns zu der Ehe als rechtlich
934 verbindliche und auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft zweier
935 Menschen, die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht.
936 Familien in Deutschland sind vielfältig. Dazu gehören auch
937 gleichgeschlechtliche Ehen, Alleinerziehende oder Patchworkfamilien. Jede
938 Familie ist einzigartig. Familie ist überall dort, wo Menschen miteinander
939 dauerhaft verbunden oder verwandt sind und verbindlich – auch über

940 Generationen hinweg – Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist
941 dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft füreinander
942 eintreten. In Familien werden Werte vermittelt und soziales Miteinander,
943 Partnerschaft und Solidarität eingeübt. Hier wird der Sinn für Gerechtigkeit
944 geschärft und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere erlernt.
945 Damit sind Familien die Grundlage für den Zusammenhalt unserer
946 Gesellschaft. Familien geben Sicherheit.

947 **Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der**
948 **Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau**
949 **verwirklicht ist.** Unsere freiheitliche Gesellschaft fußt auf den
950 Errungenschaften der Aufklärung und Emanzipation. Die
951 Gleichberechtigung von Mann und Frau und der gegenseitige Respekt
952 voreinander folgen aus unserem Bild vom Menschen und prägen unser
953 Verständnis von Partnerschaft im Zusammenleben in Ehe, Familie und
954 Gesellschaft. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie
955 Männer gleichermaßen mitwirken, ihre Stärken und Kompetenzen entfalten
956 können und wertgeschätzt werden. Sie müssen die besten Chancen auf eine
957 gute Bildung, faire und gleiche Löhne, sichere Arbeitsplätze und beruflichen
958 Aufstieg erhalten.

959 **Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten.** Junge
960 Menschen brauchen Mut, sich ohne Angst vor Fehlern auszuprobieren, zu
961 widersprechen, das Hergebrachte infrage zu stellen, neue Wege zu gehen. Wir
962 schätzen den Wert der Erfahrung genauso wie den frischen Blick auf die
963 Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine bessere Zukunft
964 gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein
965 reiches Erbe an, aber sie stehen auch vor großen Herausforderungen. Die
966 Verlängerung der Lebenszeit, der demografische Wandel und der
967 Klimawandel machen es notwendig, erprobte Modelle des Arbeitens,
968 Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens weiterzuentwickeln.
969 Junge Menschen dürfen mit diesen großen Aufgaben nicht allein gelassen
970 werden. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen, in dem das
971 Versprechen gegenseitiger Fürsorge gelebt wird. Jede Generation hat das
972 Recht, Zukunft in Freiheit zu gestalten. Wir wollen, dass jede Generation
973 dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann.

974 **Familien brauchen Freiräume.** Die meisten Familien wünschen sich mehr
975 Zeit. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir
976 flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle für verschiedene
977 Lebensphasen ermöglichen. Wir bekennen uns zum Elterngeld als
978 familienpolitischer Leistung. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien
979 sichern und gerade auch alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche
980 Familien stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und
981 einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit.

982 **Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung.** Qualitativ hochwertige
983 Kindertagesstätten und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen
984 Orte, wo unsere Kleinsten Bildung erfahren. Dies ist vor allem für Kinder aus
985 bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien wichtig, um ihnen die
986 besten Startchancen zu geben und den Grundstein für den sozialen Aufstieg
987 zu legen. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes
988 Personal.

989 **Wir bekämpfen Einsamkeit.** Die soziale Isolation in Deutschland nimmt zu.
990 Dabei sind neben Älteren zunehmend junge Menschen davon betroffen. Die
991 körperlichen, psychischen und gesellschaftlichen Auswirkungen werden
992 jedoch vielfach unterschätzt. Wir wollen die Forschung zu Einsamkeit
993 verstärken und begreifen die Bekämpfung von Einsamkeit als eine der
994 großen sozialen Aufgaben der Zukunft.

995 **Wir sind für Lebensschutz.** Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat
996 für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene
997 Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Die geltende Rechtslage zum
998 Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen
999 gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es
1000 Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben
1001 zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein
1002 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an
1003 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Auch bei alten oder schwer erkrankten
1004 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der
1005 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.
1006 Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.

1007 **Wir respektieren die Vielfalt sexueller Orientierungen und**
1008 **geschlechtlicher Identität, aber lehnen Genderideologie ab.** Das
1009 biologische Geschlecht ist eine naturwissenschaftliche Tatsache und nicht
1010 veränderbar. Deshalb halten wir an der rechtlichen Unterscheidung der
1011 beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich wollen wir intersexuelle und
1012 transsexuelle Menschen besser unterstützen. Daneben leben Menschen
1013 heute in vielfältiger Form auch eine soziale Geschlechtlichkeit oder eine
1014 abweichende Geschlechtsidentität im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit.
1015 Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen.

1016 **Wir wollen Zusammenhalt statt Identitätspolitik.** Es entspricht unserem
1017 historischen Selbstverständnis als Volkspartei, die vielfältigen berechtigten
1018 Interessen und Sichtweisen gesellschaftlicher Gruppen anzuerkennen und
1019 sie, wo notwendig, zu einem Ausgleich zu bringen und damit zum
1020 gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Ein identitätspolitisches
1021 Politikverständnis, das Gruppeninteressen verabsolutiert und damit zur
1022 Fragmentierung unserer Gesellschaft beiträgt, entspricht nicht unserem
1023 Menschenbild.

1024 **Religionen geben Halt**

1025 **Wir erkennen die Kraft von Religionen an.** Wir bekennen uns zum
1026 Gottesbezug unseres Grundgesetzes, wissen aber zugleich, dass unser
1027 freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren
1028 kann. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht
1029 staatlich verordnen. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur
1030 Religionsfreiheit und zum geltenden Religionsverfassungsrecht, das die
1031 Trennung von Staat und Religion umsetzt und gleichzeitig Kooperationen
1032 ermöglicht. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz und sind kein
1033 Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen.

1034 **Deutschland ist ein christlich geprägtes Land.** Unsere Kirchen und
1035 Gemeinden sind wichtige Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens.
1036 Sie sind gesellschaftspolitische Stabilitätsanker, die Menschen Orientierung
1037 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. Sie übernehmen mit
1038 Krankenhäusern, Pflegediensten, Kindertagesstätten, Einrichtungen der
1039 Obdachlosenhilfe und für Senioren sowie der Telefonseelsorge eine wichtige

1040 Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole müssen im
1041 öffentlichen Raum sichtbar bleiben, sie sind ebenso zu schützen wie der
1042 Sonntag und die christlichen Feiertage.

1043 **Jüdisches Leben gehört zu Deutschland.** Das Judentum hat die deutsche
1044 Kultur und Geschichte seit 1.700 Jahren geprägt. Deutschland trägt
1045 besondere Verantwortung für ein lebendiges und sicheres jüdisches Leben.
1046 Wir sind dankbar, dass es heute wieder ein reiches jüdisches Leben in
1047 unserem Land gibt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, jüdisches Leben zu
1048 schützen und in Deutschland im Alltag wieder sichtbarer zu machen.

1049 **Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.** Rund sechs
1050 Millionen Muslime leben in unserem Land. Viele von ihnen haben in
1051 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Die
1052 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1053 Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu
1054 organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden
1055 des Grundgesetzes. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1056 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1057 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1058 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1059 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare
1060 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,
1061 Islamverbände und deutsche Muslime geben.

1062 **Heimat verbindet**

1063 **Wir wissen um die Bedeutung von Heimat.** Heimat ist Lebensgefühl.
1064 Menschen brauchen Heimat. Ein Ort, an dem sie sich geborgen, geschützt und
1065 sicher fühlen. Er wird geschaffen von Menschen und geformt von Natur und
1066 Kultur. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition
1067 und Moderne. In ihr entwickeln sich Sprache, Brauchtum und Normen und
1068 damit entscheidende Zutaten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir
1069 wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies
1070 kann nur gelingen, wenn sie bereit sind, sich im Sinne unserer Leitkultur an
1071 unsere Art zu leben anzupassen und sich zu integrieren.

1072 **Das Recht auf die Heimat gilt fort.** Wir treten in unserer historischen
1073 Verantwortung für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und
1074 Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene
1075 Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend
1076 offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige
1077 Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer
1078 Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können
1079 diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim
1080 weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art
1081 müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. An
1082 unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger
1083 Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.

1084 **Integration muss gefördert und eingefordert werden.** Es ist unsere
1085 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die
1086 gelungene Einwanderungs- und Integrationsgeschichte vieler Menschen ist
1087 ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung
1088 werden kann. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden
1089 Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, desto
1090 mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in seinen
1091 Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur
1092 von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare
1093 Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte
1094 und unsere Gesetze achten. Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.
1095 Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen.

1096 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft.** Wir erwarten, dass jeder,
1097 der dauerhaft bei uns lebt oder leben will, die deutsche Sprache spricht. Nur
1098 so können Menschen in unserer Gesellschaft ankommen und sich
1099 einbringen. Eine gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für lebendige
1100 soziale Beziehungen und den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt.
1101 Daher setzen wir auf verpflichtende Sprachkurse.

1102 **Ein Gesellschaftsjahr verbindet.** Ein Gesellschaftsjahr für alle
1103 Schulabgänger ist eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer
1104 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen

1105 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Für
1106 das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche
1107 Regelung im ganzen Bundesgebiet.

1108 **Gesellschaft braucht Ankerpunkte**

1109 **Deutschland muss Kulturnation bleiben.** Unsere kulturelle Identität wird
1110 gleichermaßen geprägt von großartigen Museen, fantastischen Orchestern
1111 und Theatern, Bibliotheken, weltbekannten Bands, Künstlerinnen, gefeierten
1112 Autoren, renommierten Architektinnen, einer kreativen Filmwirtschaft und
1113 einer innovativen Gamer-Community wie durch eine lebendige
1114 Breitenkultur. Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, spenden
1115 Kreativität, Wissen, Kraft, Freizeit, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und
1116 unser Leben – und sie sind ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in
1117 Stadt und Land. Wir definieren unseren politischen Auftrag darin, gute
1118 Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne in die Freiheit des kulturellen
1119 Schaffens einzugreifen. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab.
1120 Leitlinie unserer Politik bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und des
1121 geistigen Eigentums. Wir wollen deshalb auch aus urheberrechtlichen
1122 Gründen Transparenz schaffen, wenn Inhalte von Künstlicher Intelligenz
1123 erstellt und veröffentlicht werden.

1124 **Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur.** Wir wollen der eigenen
1125 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1126 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1127 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1128 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1129 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1130 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1131 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1132 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1133 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1134 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgeschicksal der
1135 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1136 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1137 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die

1138 großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und
1139 Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene,
1140 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher
1141 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als
1142 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1143 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1144 wurde die Friedliche Revolution möglich.

1145 **Unsere Demokratie braucht freie Medien, sie braucht Meinungs- und**
1146 **Pressefreiheit.** Dieses hohe Gut zu schützen, ist unverrückbare Aufgabe der
1147 staatlichen Gewalt. Es darf nicht missbraucht oder monopolisiert werden.
1148 Deswegen ist es Aufgabe von Medienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass ein
1149 fairer Wettbewerb stattfinden kann. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das
1150 duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanstalten. Der
1151 öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf seinen Kernauftrag
1152 konzentrieren. Ihm kommt in einer freiheitlich verfassten, pluralistischen
1153 Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er besser wahrnehmen
1154 muss. Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ
1155 hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur
1156 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei.

1157 **Unsere Gesellschaft braucht eine lebendige Debattenkultur.**
1158 Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um den besten Weg machen
1159 unsere Demokratie stark. Viel zu oft reden wir übereinander statt
1160 miteinander. In unserer beschleunigten Gesellschaft fehlen zunehmend
1161 Geduld und die Bereitschaft, sich auf andere Meinungen einzulassen. Die
1162 Debatten- und Gesprächskultur hat Schaden genommen – vor allem während
1163 der Corona-Pandemie. Soziale Medien verstärken das Erregungspotenzial
1164 und den Trend, sich lieber mit Gleichgesinnten auszutauschen, als sich mit
1165 den Argumenten anderer zu befassen. Wir wollen die Debattenkultur und den
1166 verantwortungsvollen Umgang in den sozialen Medien stärken, die
1167 Potenziale sozialer Medien für guten demokratischen Austausch nutzen und
1168 entsprechende Bildungsangebote fördern. Unser Ziel ist es, das Verbindende
1169 in den Vordergrund stellen.

1170 **Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-**
1171 **Zwang.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.
1172 Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung
1173 gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,
1174 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte
1175 zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen
1176 Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen
1177 sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche
1178 Gender-Sprache verwendet wird. Wir sind für eine den Vorgaben des Rates
1179 für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise.

1180 **Sport verbindet Menschen.** Er stärkt, aktiviert, begeistert und integriert.
1181 Sport vermittelt Kompetenzen für das ganze Leben und Werte wie Fairness,
1182 Verantwortung, Teamfähigkeit und Toleranz. Wir verstehen es als
1183 gesellschaftspolitische Aufgabe, unsere Sportvereine fit für die Zukunft zu
1184 machen und unsere Sportinfrastruktur zu stärken. Eine wichtige
1185 gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport zu. Er
1186 fördert nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung
1187 von Leistung, Anstrengung und Bewertung. Breiten- und Spitzensport
1188 bedingen einander. Sie fördern Gesundheit, Zusammenhalt und Wettbewerb.

1189 **Gute Bildung ein Leben lang**

1190 **Unser Bildungsideal setzt auf Offenheit, Toleranz und Vielfalt.** Unsere
1191 Vorstellung von Bildung und das dahinterstehende Menschenbild sind tief in
1192 der europäischen Kultur und im Christentum verwurzelt. Im Fokus unserer
1193 Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen.
1194 Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt,
1195 sein Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der
1196 Gesellschaft zu finden. Ungeachtet seiner Herkunft hat jedes Kind das Recht
1197 auf die bestmögliche Chance. Niemand soll bevorzugt oder benachteiligt
1198 werden.

1199 **Wir bauen auf elterliche Erziehungsverantwortung und**
1200 **Erziehungspartnerschaft.** Wir bekennen uns zum Grundrecht der Eltern,
1201 die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dies korrespondiert mit der
1202 Verantwortung der Eltern zur Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wir setzen

1203 in diesem Geiste auf eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen
1204 Bildungseinrichtungen und Eltern.

1205 **Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle.** Wir wollen gleiche
1206 Startchancen für alle und setzen auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen.
1207 Jeder muss die Chance haben, seine Talente, Fähigkeiten und Begabungen
1208 bestmöglich zu entfalten und einzubringen. Wir setzen auf
1209 Leistungsorientierung. Leistung ist ein gerechter Maßstab, unabhängig von
1210 der Herkunft seine Chancen zu entfalten. Nur so kann Aufstieg unabhängig
1211 von der sozialen Herkunft gelingen. Daher streben wir ein differenziertes, auf
1212 die individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot an. Wir wollen
1213 Ungleiches ungleich behandeln auch bei einer individuellen
1214 Ressourcenzuweisung. Dazu gehört das gegliederte Schulsystem, dazu
1215 gehören auch freie und private Schulträger und dazu gehört die
1216 Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-
1217 Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem
1218 Bildungssystem. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die
1219 Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit
1220 wollen wir nutzen.

1221 **Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten.** Es
1222 braucht besser aufeinander abgestimmte und vergleichbare Schulsysteme.
1223 Dies wollen wir über ein Kooperationsgebot zwischen den Ländern und eine
1224 Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. Es braucht dort mehr
1225 Verbindlichkeit, eine bessere Vergleichbarkeit der Schulformen und
1226 Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz.

1227 **Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.** Daher wollen
1228 wir die Mittel dafür erhöhen – unabhängig von der Entwicklung des
1229 Bruttoinlandproduktes. Unser Ziel ist es, die Bildungsinvestitionen
1230 mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

1231 **Wir wollen gute Bildung von Anfang an.** Unser Ziel ist es, die frühe Bildung
1232 bundesweit zu stärken. Dafür wollen wir Kindertagesstätten und Schulen
1233 insbesondere an sozialen Brennpunkten stärker unterstützen. Wir wollen
1234 Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen stärker
1235 zusammendenken. Das schaffen wir, indem die Länder verpflichtende,

1236 institutionenübergreifende Bildungspläne einführen. Die Länder sollen
1237 verbindliche bundeseinheitliche Qualitätsmindeststandards festlegen.
1238 Insbesondere in den ersten Lebensjahren ist es wichtig, dass Kinder auch
1239 motorische Fähigkeiten und Bewegungsfreude entwickeln und lernen, sich
1240 zu konzentrieren.

1241 **Das Erlernen der Bildungssprache Deutsch hat Priorität.** Jedes Kind soll im
1242 Alter von vier Jahren einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest
1243 durchlaufen. Kinder mit Förderbedarf müssen zur Teilnahme an einem
1244 vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten
1245 oder einer Vorschule verpflichtet werden.

1246 **Lesen, Schreiben, Rechnen sind die Grundlage für Bildungserfolg.** Auf sie
1247 muss insbesondere in den ersten Schuljahren ein besonderes Augenmerk
1248 gelegt werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von
1249 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden,
1250 um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und
1251 Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Dabei kann Bildung
1252 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein. Politische
1253 und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen
1254 Extremismus. Musische und religiöse Bildung sind notwendig für eine
1255 ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Wir treten dafür ein, dass
1256 Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.
1257 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet grundsätzlich
1258 in deutscher Sprache statt.

1259 **Bildungseinrichtungen müssen Zukunftswerkstätten sein.** Wir wollen
1260 Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken stärken.
1261 Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitale
1262 Schlüsselkompetenzen müssen ausgebaut werden. In allen Schulformen
1263 müssen Praxisphasen ermöglicht werden. Das Thema Wirtschaft als Basis
1264 von Wohlstand und Demokratie muss schon in den Schulen vermittelt
1265 werden.

1266 **Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung.** Dabei muss
1267 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. Nicht nur für Kinder aus
1268 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir

1269 wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu
1270 motivieren mit Instrumenten der Gamification. Lernmanagementsysteme
1271 und digitale Lerninhalte ermöglichen einen strukturierten Unterricht auch
1272 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen.

1273 **Der Lernort Schule muss gelingen.** Wir wollen gelingende
1274 multiprofessionelle Kooperation an unseren Schulen, in denen das gesamte
1275 Personal an der Schule unter Einschluss der Lehrkräfte, der Jugendhilfe und
1276 Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet.

1277 **Wir wollen die duale Ausbildung stärken.** Wir wollen, dass
1278 Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe
1279 erhalten, und wir ermutigen junge Menschen, sich für eine berufliche
1280 Ausbildung zu entscheiden. Dazu braucht es ansprechende und moderne
1281 Berufsschulen. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden
1282 wir weiter verbessern. Der Meister muss eine deutsche Qualitätsmarke
1283 bleiben. Er muss gleichwertig zu akademischer Ausbildung im Rahmen des
1284 Deutschen Qualifizierungsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der
1285 europaweiten Anerkennung werden. Seiner Bedeutung entsprechend
1286 werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich verankern.

1287 **Unser Ziel ist es, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss macht.**
1288 Jeder Ausbildungsinteressierte soll frühestmöglich einen Berufsabschluss
1289 erwerben können. Dazu wollen wir das Übergangssystem zu einem
1290 Chancensystem hin zu beruflicher Ausbildung weiterentwickeln. Dabei leitet
1291 uns die fortlaufende Orientierung an den individuellen Stärken und
1292 Kompetenzen der jungen Menschen. Gleichzeitig wollen wir die Vermittlung
1293 auf dem Ausbildungsmarkt weiter verbessern.

1294 **Studium und Lehre brauchen Qualität.** Hierfür ist eine starke und
1295 zuverlässige finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Wir
1296 brauchen Spitzenstudienbedingungen. Deshalb müssen wir die
1297 Studienumgebungen weiter verbessern, sodass sich mehr exzellente
1298 Studenten für Deutschland entscheiden. Wir setzen auf ein
1299 Hochschulsystem, das auf Leistungsorientierung basiert. Unser Ziel ist es
1300 aber auch, gleiche Ausgangschancen für alle Studenten zu schaffen und dabei
1301 die individuelle Leistungsbereitschaft zu fördern. Wir wollen das

1302 elternabhängige BAföG als Sozialleistung, die KfW-Studienkredite und die
1303 Begabtenförderwerke stärken – aber auch Arbeit neben dem Studium nicht
1304 hemmen. Unser Ansatz beinhaltet die Schaffung eines differenzierten und
1305 individuell anpassbaren Bildungsangebots. Wir brauchen Anreize, damit
1306 Absolventen in Deutschland leben, arbeiten und Unternehmen gründen. Das
1307 duale Studium leistet einen wertvollen Beitrag zur Absicherung des
1308 Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland.

1309 **Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein.** In einer sich stetig
1310 wandelnden Gesellschaft sind wir alle gefragt, das ganze Leben lang
1311 dazuzulernen, neugierig und aktiv zu bleiben. Wir wollen die berufliche
1312 Weiterbildung stärken, indem wir den Weiterbildungsmarkt zu einem
1313 nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln. Wir müssen auch
1314 Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe begreifen. Um gerade bei schneller
1315 digitaler Entwicklung Teilhabe zu garantieren, braucht es eine breite Palette
1316 an Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

1317 **Mit Exzellenz in die Zukunft**

1318 **Unser Leitbild ist eine innovative, leistungsfähige Wissenschaft.** Wir
1319 treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein. Wir
1320 streben ein Wissenschaftssystem mit eigenverantwortlichen,
1321 konkurrierenden und kooperierenden Hochschulen an. Wir wollen die
1322 Wissenschaftslandschaft sowohl in der Spitzenforschung als auch in der
1323 Breite stärken. Hierzu gehören attraktive Karrierewege in der Wissenschaft.
1324 Die Exzellenz unserer Grundlagenforschung müssen wir erhalten. Die
1325 Kooperationen mit der unternehmerischen Praxis müssen wir weiter
1326 ausbauen. Wir verlangen eine innovationsfreundliche Regulierung.
1327 Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich sein. Digitale Informationen,
1328 vor allem der öffentlichen Hand, sollen zu Forschungszwecken genutzt
1329 werden können.

1330 **Wir stehen für mehr Gleichstellung und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft
1331 braucht Vielfalt und Originalität. Dazu gehören ein breites Spektrum an
1332 Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen ebenso wie transparente und faire
1333 Auswahlprozesse, die Familie und wissenschaftliche Karriere unabhängig
1334 vom Geschlecht ermöglichen.

1335 **Es braucht mehr wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa.** Die
1336 Forschungsrahmenprogramme müssen als Innovationsmotoren der Kern
1337 der künftigen europäischen Forschungspolitik bleiben. Gerade kleinen und
1338 mittleren Unternehmen muss der Zugang dazu erleichtert werden.
1339 Hochschulen sollen strategische Partnerschaften mit anderen Hochschulen
1340 in der EU eingehen können. Forscher sollen forschen und nicht unnötige
1341 Formulare ausfüllen müssen.

1342 **Wir wollen mit Kreativität und Know-how die Zukunft gestalten.** Wir
1343 haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Datenökonomie,
1344 Automatisierung, Künstliche Intelligenz und Robotik erlauben ungeahnte
1345 Steigerungen in Produktivität und Qualität. Wir wollen diesen Fortschritt für
1346 unser Land und seine Menschen nutzen. Die Menschenwürde bleibt für uns
1347 auch dabei unantastbar. Dank unserer innovativen Forschung und
1348 Entwicklung sind wir in der Lage, die großen Herausforderungen unserer Zeit
1349 zu meistern. Wir sind Technologie-Optimisten. Wir wollen Räume für
1350 Sprunginnovationen schaffen. Hierzu setzen wir auf mehr Unternehmertum
1351 aus der Wissenschaft. Deutschland muss ein Land der Talente und Ideen
1352 bleiben.

1353 **Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle** 1354 **schaft**

1355 Wir Christdemokraten setzen auf das erfolgreichste Wirtschafts- und
1356 Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab
1357 aus dem christlichen Menschenbild und ist als Werte- und
1358 Wirtschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Chancengerechtigkeit,
1359 Selbstverantwortung, private Eigeninitiative, Subsidiarität und Solidarität
1360 ausgestaltet. Sie vereint den Grundsatz der Freiheit, die Kraft des Marktes
1361 und die Bereitschaft zur Verantwortung füreinander.

1362 Sie hat zu Wirtschaftswunder, jahrzehntelangem Wachstum,
1363 Rekordbeschäftigung, soliden Haushalten, Wohlstand und sozialer Sicherheit
1364 geführt. Sie ist auch zum Leitbild der EU geworden.

1365 Heute ist ganz Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaftsnation mit fleißigen
1366 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und
1367 exzellenten Ingenieurinnen. Wir sind das Land des Mittelstands, der
1368 Familienunternehmen, der Hidden Champions, des Handwerks, der
1369 innovativen Gründer und weltweit erfolgreicher Industrieunternehmen. Die
1370 Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bietet die
1371 beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung.

1372 In Zeiten großer Umbrüche und neuer Herausforderungen müssen wir das
1373 Wohlstandsversprechen erneuern. Dabei setzen wir auf den Schutz des
1374 Eigentums, das Prinzip der Nachhaltigkeit, auf Ideenreichtum und
1375 Technologieoffenheit, die Kraft des Aufbruchs und der Digitalisierung, auf
1376 fairen Wettbewerb, freien Handel und soziale Verantwortung.

1377 Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und
1378 Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese
1379 soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und
1380 Steuerungsmechanismen des Marktes, um einen schonenden Umgang mit
1381 Natur und Umwelt zu erreichen.

1382 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

1383 **Wohlstand für alle**

1384 **Wohlstand bedeutet mehr als Besitz und Einkommen.** Wohlstand gibt dem
1385 Einzelnen wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität, er ermöglicht Eigentum
1386 und Vermögen und er sichert Teilhabe an Umwelt, Heimat und Gesellschaft.
1387 Jeder, der mit anpackt, muss es zu Aufstieg und Wohlstand bringen können,
1388 ungeachtet von Herkunft, sozialem Status, persönlichen Präferenzen.
1389 Wohlstand entsteht durch Millionen individuelle Entscheidungen, der Staat
1390 setzt lediglich den Rahmen für diese Entscheidungen.

1391 **Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.** Wir setzen auf die
1392 Kraft des technologischen Fortschritts. Er verbessert unser Leben. Er ist
1393 Treiber für Wachstum und Voraussetzung dafür, dass Wohlstand für alle
1394 entsteht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf weniger Wachstum und einen

1395 leistungslosen Wohlstand setzt. Eine Politik, die das Ziel wirtschaftlichen
1396 Wachstums aufgibt, ist eine Politik der Verkümmern.

1397 **Wir setzen auf einen starken Mittelstand.** Unsere kleinen und mittleren
1398 Unternehmen sind das Herz und die Seele unserer starken Volkswirtschaft.
1399 Eine konsequente Mittelstandspolitik ist daher Voraussetzung für die
1400 Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Regulatorische
1401 Hürden und steuerliche Belastungen müssen immer zuerst aus dem
1402 Blickwinkel des Mittelstands gedacht werden. Wir werben für eine positive
1403 gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum. Mittelständische
1404 Betriebe, das Handwerk, eigentümergeführte und Familienunternehmen,
1405 Dienstleister, Selbständige, freie Berufe, Gastronomie und Einzelhandel
1406 haben in unserem Land eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche,
1407 soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen und zu
1408 unterstützen.

1409 **Deutschland muss führendes Industrieland bleiben.** Die Industrie spielt
1410 bei unserer Wertschöpfung eine bedeutende Rolle. Die Stärke der deutschen
1411 Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist wesentlich für
1412 unsere strategische Resilienz. Wir werden den industriellen Kern unserer
1413 Wirtschaft stärken. Hierfür setzen wir vor allem auf wettbewerbsfähige
1414 Rahmenbedingungen in Ost und West. Wir brauchen eine Wachstumsagenda
1415 mit Strukturreformen, die großen wie mittelständischen Unternehmen
1416 gleichermaßen zugutekommt: einen konsequenten Bürokratieabbau,
1417 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete
1418 Arbeitskräfte sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive für
1419 Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unseres Industriestandortes.
1420 Wir werden Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen deutlich
1421 höheren Stellenwert einräumen.

1422 **Der europäische Binnenmarkt muss wettbewerbsfähig bleiben.** Hierzu
1423 setzen wir konsequent auf marktwirtschaftliche Instrumente, Entlastung,
1424 Deregulierung und Bürokratieabbau, Anreize, Innovation und
1425 Technologieoffenheit. Zudem setzen wir auf die geopolitische Souveränität
1426 Europas bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und wichtigen
1427 Wirtschaftsgütern. Wir wollen durch europäische Forschungsk Kooperationen

1428 Spitzentechnologie unterstützen. Unser Ziel ist ein souveräner europäischer
1429 digitaler Binnenmarkt mit einheitlichen Regeln für Unternehmen, damit
1430 diese schneller und einfacher skalieren können. Auch der
1431 Energiebinnenmarkt muss ausgebaut und vollendet werden.

1432 **Wir bekennen uns zum Freihandel.** Protektionismus lehnen wir ab. Freier
1433 Handel muss regelbasiert sein, er mehrt den weltweiten Wohlstand – auch
1434 unseren. Wir bekennen uns zu den Prinzipien des freien Welthandels und
1435 wollen neue Handelsabkommen abschließen. Unsere Handelspolitik basiert
1436 auf Wechselseitigkeit und strategischen Allianzen. Wir streben weltweit
1437 Verbesserungen beim Marktzugang für europäische Güter und
1438 Dienstleistungen an. Handelsabkommen dienen der Verbesserung der
1439 Handelsbeziehungen und dürfen nicht mit wirtschaftsfremden Themen
1440 überfrachtet werden.

1441 **Zu große und einseitige Abhängigkeiten lehnen wir ab.** Wo möglich,
1442 begegnen wir diesem Risiko durch eine möglichst multilaterale und auf
1443 verlässliche Partner gestützte Handelsintegration. Wo nötig, schaffen wir in
1444 Deutschland und der EU eigene Kapazitäten, um wirtschaftlich souveräner
1445 und unabhängiger zu sein. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität.

1446 **Wir wollen Rohstoffhandel mit verlässlichen Partnern.** Mit
1447 Rohstoffpartnerschaften auf europäischer Ebene und mit unseren
1448 transatlantischen und verlässlichen Partnern weltweit wirken wir riskanten
1449 Abhängigkeiten entgegen. Wir setzen auf De-Risking. Durch die Bevorratung
1450 strategischer Rohstoffe ist es möglich, schnell und flexibel auf
1451 Marktschwankungen zu reagieren. Dies ist zunächst eine
1452 privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch staatliche
1453 Unterstützung.

1454 **Europa muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Ausbau**
1455 **strategischer Basis- und Schlüsseltechnologien fördern.** Die Bedeutung
1456 digitaler Technologien für unsere Sicherheit, aber auch unseren Wohlstand
1457 und unseren Alltag allgemein wächst stetig. Wir sind als Europa in vielen
1458 Technologiebereichen abhängig von anderen Akteuren. Um künftig unsere
1459 Werte und unseren Platz auch in der digitalen Welt sichern zu können,
1460 müssen wir in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und

1461 Quantencomputing eine Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die
1462 Spielregeln zu bestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,
1463 das seine Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen auch in
1464 Technologiefragen selbstbewusst vertritt und mit eigenen Fähigkeiten
1465 untermauert.

1466 **Wir wollen einen innovationsoffenen Rahmen setzen.** Wir sehen unsere
1467 Aufgabe darin, einen Rahmen für Innovationen zu setzen und leistungsfähige
1468 Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Innovationen entstehen in
1469 Unternehmen: Sie brauchen Freiräume, um führende Technologien und
1470 Anwendungen zu entwickeln. Freiheit ist Innovationstreiber, Verbote sind es
1471 nicht.

1472 **Deutschland braucht eine neue Gründerzeit.** Bei technologischen
1473 Durchbrüchen und Sprunginnovationen muss Deutschland Weltspitze sein.
1474 Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen nachhaltig
1475 verbessert werden. Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein
1476 Fußballspiel dauern. Mit Gründerschutzzonen in den ersten beiden Jahren
1477 wollen wir bürokratie- und regulierungsfreie Räume schaffen. Wir setzen uns
1478 ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen.

1479 **Wissenschaft und Wirtschaft müssen mehr zusammenarbeiten.** In der
1480 Kooperation von Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren liegen
1481 enorme Chancen, die wir stärker nutzen wollen. Wir setzen uns für mehr
1482 Unternehmergeist und Ausgründungen aus der Wissenschaft ein. Wir
1483 brauchen mehr verfügbares Investitionskapital und bessere
1484 Rahmenbedingungen. Hierfür bedarf es eines strategischen Ansatzes in
1485 Form einer nationalen Patent- und Ausgründungsstrategie.

1486 **Datenschätze müssen zum Wohle aller genutzt werden.** Wir wollen die
1487 automatisierte Erhebung und Nutzung von Daten fördern, denn nur mit
1488 Daten können uns Durchbrüche bei Künstlicher Intelligenz gelingen. Dazu
1489 erhöhen wir die Verfügbarkeit von Daten und nutzen deren
1490 Innovationspotenziale. Wir setzen vor allem auf Open Data als große Chance
1491 für Innovationen und Wachstum. Die Achtung von Persönlichkeitsrechten
1492 und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind dafür
1493 Grundvoraussetzung.

1494 **Der Datenschutz muss einfacher und innovationsfreundlicher werden.**
1495 Wir denken Datenschutz neu. Anstelle von Datenminimierung etablieren wir
1496 die Prinzipien Datensouveränität und Sorgfalt: Jeder muss selbst
1497 bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt
1498 werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards
1499 erfüllen. Darüber hinaus bündeln wir die Datenschutzaufsicht und setzen uns
1500 für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.

1501 **Für wettbewerbsfähige Steuern**

1502 **Steuern dienen der Finanzierung des Staates und seiner Aufgaben.** Je
1503 mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. Es ist unser Ziel, dass
1504 die Steuerlast möglichst niedrig bleibt. Die Staatsquote muss sinken. Denn
1505 wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften.

1506 **Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik.** Das Steuersystem spielt eine
1507 wichtige Rolle für unsere wirtschaftliche Ordnung und die
1508 Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Steuern sollen den
1509 Leistungsanreiz bewahren: Damit die Menschen einen Beitrag zum
1510 Gemeinwohl leisten, muss sich diese Leistung auch individuell lohnen.
1511 Steuern sollen dazu beitragen, den Markt in richtige Bahnen zu lenken: Wo
1512 Anreize nötig sind, um den Markt auf langfristige Perspektiven oder akute
1513 Notwendigkeiten auszurichten, sind steuerliche Anpassungen das Mittel der
1514 Wahl. Dies gilt auch für Anreize zur CO₂-Einsparung. Das Steuersystem muss
1515 im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein.

1516 **Unser Steuersystem muss einfacher, transparenter und gerechter**
1517 **werden.** Der Maßstab für die Besteuerung ist die wirtschaftliche
1518 Leistungsfähigkeit. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept von der
1519 Unternehmens- bis zur Einkommensteuer. Es muss Anreize zu
1520 Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzen und für Vertrauen und
1521 Rechtssicherheit sorgen. Anreize sind die Grundlage für Investitionen und
1522 Konsum. Wir haben immer die Interessen aller Steuerzahler im Blick.

1523 **Wir wollen die arbeitende Mitte entlasten.** Starke Schultern müssen
1524 weiterhin mehr tragen. Wir halten daher am linear-progressiven
1525 Einkommensteuertarif fest. Der „Mittelstandsbauch“ bestraft Millionen

1526 Leistungsträger. Wir wollen den Einkommensteuertarif anpassen und
1527 spürbar abflachen. Die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz
1528 greift, soll deutlich erhöht werden. Auch im unteren Einkommensbereich
1529 sorgen wir für spürbare Entlastungen, vor allem bei den
1530 Sozialversicherungsbeiträgen.

1531 **Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmensteuer.**
1532 Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichen höhere Löhne,
1533 mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. Wir wollen eine
1534 rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung auf den Weg bringen.
1535 Angesichts neuer und erweiterter Aufgaben brauchen Kommunen eine
1536 verlässlichere und auskömmlichere Finanzausstattung, die zugleich Anreize
1537 zur wirtschaftlichen Initiative und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen setzt.
1538 Familienunternehmen wollen wir in der Erbfolge nicht in der Substanz
1539 belasten und Unternehmensnachfolgen vereinfachen, damit auch die
1540 nächsten Generationen das Unternehmen weiterführen können. Eine
1541 Vermögensteuer lehnen wir ab.

1542 **Arbeit ist sinnstiftend**

1543 **Arbeit gehört zur personalen Selbstentfaltung.** Arbeit ist sinnstiftend und
1544 Ausdruck von Teilhabe und menschlicher Würde. Wir haben ein positives
1545 Bild von Arbeit: Jeder Einzelne soll nach seinem Talent anpacken und
1546 mitgestalten und dies mit Optimismus und Zuversicht tun können. Arbeit ist
1547 auch ein Weg zu individuellem Wohlstand. Ein bedingungs- und anreizloses
1548 Grundeinkommen entspricht daher nicht unserem Menschen- und
1549 Gesellschaftsbild. Wir sind die Partei der Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt
1550 unser Leitbild für einen starken Arbeitsmarkt.

1551 **Arbeit ist vielfältig.** Erwerbsarbeit und ihre gerechte Entlohnung stiften die
1552 materielle Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Ein Beitrag zum
1553 Gemeinwesen besteht aber nicht nur in Erwerbsarbeit, auch in der Erziehung
1554 von Kindern, der häuslichen Pflege, im Ehrenamt und anderswo sind
1555 Menschen als arbeitende Leistungsträger füreinander da. Leistungsträger
1556 erkennt man nicht nur an der Höhe des Einkommens.

1557 **Leistung muss sich lohnen.** Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Nur wenn
1558 die eigene Anstrengung auch belohnt wird, gibt es einen selbstbestimmten
1559 Weg zu Eigentum und Vermögen und gesellschaftlichem Wohlstand. Wer
1560 mehr arbeiten möchte als bisher, soll dazu attraktive Rahmenbedingungen
1561 vorfinden. Deshalb wollen wir Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung
1562 steuerfrei stellen.

1563 **Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen.** Wer arbeiten kann, soll
1564 arbeiten. Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der
1565 Gemeinschaft. Das kann auch öffentliche, gemeinnützige Beschäftigung
1566 beinhalten. Wer arbeitsfähig ist und sich angebotener Arbeit, Ausbildung
1567 oder Qualifizierung verweigert, muss finanziell spürbar schlechter stehen als
1568 jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht. Das ist Solidarität gegenüber
1569 denjenigen, die arbeiten und mit ihren Steuern und Abgaben die
1570 Sozialleistungen finanzieren. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss
1571 immer gelten.

1572 **Wir beheben den Fachkräftemangel.** Das inländische Arbeits- und
1573 Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft werden. Wir helfen
1574 Schulabbrechern und Menschen ohne Ausbildung durch niedrigschwellige
1575 Angebote zur Qualifizierung, eine Arbeit zu finden. Wir wollen die
1576 Erwerbstätigkeit von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen und
1577 steuerliche Anreize fördern. Zudem wollen wir die Erfahrung und die
1578 Kompetenz älterer Menschen für den Arbeitsmarkt nutzen. Um Arbeit im
1579 Alter attraktiv zu machen, wollen wir eine Aktivrente einführen: Wer das
1580 gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte,
1581 sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.
1582 Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und
1583 Fachkräftemangel.

1584 **Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa**
1585 **und der Welt.** Wir wollen für sie ein attraktiver und lebenswerter Standort
1586 sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig mit einer
1587 neuen digitalen Agentur für Einwanderung entgegenwirken, um die
1588 deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden zu entlasten
1589 und um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu

1590 beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das
1591 entscheidende Kriterium für die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften
1592 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

1593 **Für ein solidarisches Miteinander**

1594 **Wir wollen einen starken Sozialstaat.** Jeder soll sich darauf verlassen
1595 können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich braucht.
1596 Wir stehen für eine soziale Ordnungspolitik, die die aktivierende Vorsorge in
1597 den Mittelpunkt stellt. Unser Sozialsystem ist auf eine starke Wirtschaft mit
1598 vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen deshalb stets mitbedenken,
1599 dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen. In den
1600 Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer
1601 von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den
1602 Finanzbeziehungen geschaffen werden.

1603 **Wir wollen einen effizienteren Sozialstaat.** Dazu werden wir möglichst viele
1604 soziale Leistungen zusammenfassen, Rechtsvorschriften verständlicher
1605 machen und die Bürger persönlicher begleiten. Wir streben einen
1606 vollautomatisierten, intelligenten Datenabgleich an.

1607 **Wir wollen die Tarifpartnerschaft und die Mitbestimmung stärken.** Die
1608 Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hat
1609 Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne,
1610 berechenbare Kosten und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb streben wir
1611 einen hohen Grad an Tarifbindung an. Dazu wollen wir die
1612 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner
1613 müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen
1614 zudem auf Öffnungsklauseln, damit die Sozialpartner flexibler verhandeln
1615 können. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative
1616 Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist.

1617 **Wir wollen alle Beschäftigten an einer guten Lohnentwicklung beteiligen.**
1618 Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf
1619 hier keinen direkten Einfluss haben. Für uns ist klar, dass der Lohn immer
1620 auch Ausdruck von Produktivität sein muss. Gleichzeitig gilt, wer Vollzeit
1621 arbeitet, muss auch selbst davon leben können. Der Mindestlohn ist daher ein

1622 unverzichtbarer Teil der Arbeitsmarktordnung. Damit sich Arbeit auch für
1623 Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wieder mehr lohnt, wollen
1624 wir die Löhne von Steuern und Abgaben entlasten.

1625 **Für eine sichere Altersvorsorge**

1626 **Wir werden die Rente langfristig sichern.** Die Rente muss für alle
1627 Generationen gerecht und zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der
1628 Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss
1629 mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Deshalb werden wir
1630 langfristig sicherstellen, dass die gesetzliche Rente für Menschen, die 45
1631 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet und Beiträge gezahlt haben,
1632 Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deutlich oberhalb der
1633 Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben können.

1634 **Es braucht in der Rente differenzierte Lösungen.** Es gibt viele Menschen,
1635 die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nur noch teilweise bis zur
1636 Regelaltersgrenze arbeiten können. Für diese Menschen brauchen wir
1637 passgenaue Lösungen, die ein gutes und sicheres Leben im Alter
1638 ermöglichen. Das ist Ausdruck unserer Solidarität. Gleichzeitig zeigt die
1639 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wenn wir
1640 unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass
1641 die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und
1642 folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Da die
1643 gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen
1644 nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende
1645 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Für Menschen mit geringem
1646 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.

1647 **Wir wollen Deutschland zum Land der Eigentümer machen.** Eigentum
1648 schafft Sicherheit. Eigentum, insbesondere Wohneigentum, ist ein wichtiger
1649 Baustein zur Altersvorsorge. Persönlich verantwortetes Privateigentum ist
1650 die Grundlage einer starken, stabilen und freien Gesellschaft. Privateigentum
1651 und Ersparnis müssen deshalb eine sichere Bank bleiben. In der Sozialen
1652 Marktwirtschaft ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es
1653 Nutzen für die Allgemeinheit stiften und damit seiner Sozialpflichtigkeit
1654 gerecht werden kann.

1655 **Jeder soll vom Erfolg unserer Wirtschaft profitieren können.** Wir wollen
1656 private Vermögensbildung vor allem für kleine und mittlere Einkommen
1657 unterstützen, zum Beispiel durch steuerliche Anreize und attraktive
1658 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Wir werden das Versprechen einer
1659 Beteiligung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital
1660 unseres Landes einlösen. Aus dem Land der Sparer muss ein Land der
1661 Anteilseigner werden. Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für neu
1662 geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder
1663 Altersvorsorge eingesetzt werden soll, investieren wir in unsere Zukunft.

1664 **Für ein langes, gesundes Leben**

1665 **Wir wollen das Gesundheitswesen zukunftsfest machen.** Unser
1666 Gesundheits- und Pflegewesen bietet den Menschen in unserem Land eine
1667 gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage
1668 hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten
1669 Krankenversicherungen, das wir erhalten wollen. Um auch weiterhin eine
1670 gute Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im
1671 Gesundheitssystem erforderlich. Wir werden Qualifikationsoffensiven
1672 starten und konsequenter technologische Innovationen nutzen. Wir setzen
1673 aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen lohnen,
1674 sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder
1675 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen
1676 eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit
1677 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen.

1678 **Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein.** Sie muss in unserer
1679 Gesellschaft mehr Beachtung finden. Wir setzen auf die frühzeitige
1680 Diagnostik und die Versorgung von Menschen mit psychischen
1681 Erkrankungen. Auch unsere älteren Bürgerinnen und Bürger, die nach der
1682 Corona-Einsamkeit vermehrt unter Altersdepressionen leiden, müssen
1683 deutlich mehr und bessere psychosoziale Hilfen bekommen. Wir wollen das
1684 Angebot ambulanter und stationärer Therapieplätze ausbauen. Seit der
1685 Corona-Pandemie ist das Leid von Kindern und Jugendlichen mit
1686 psychischen Belastungen und Erkrankungen besonders deutlich geworden.
1687 Auch für sie müssen Präventions- und Hilfsangebote gestärkt werden.

1688 **Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung.** Um die
1689 Gesundheitsausgaben zu dämpfen, wollen wir den Wettbewerb zwischen den
1690 Krankenkassen stärken. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten
1691 wir fest. Steuerzuschüsse müssen gedeckelt sein. Wir setzen auf mehr
1692 Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen.
1693 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip der GKV.

1694 **Wir setzen auf eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung.**
1695 Unser Ziel ist es, Versorgungslücken zu schließen und die gesundheitliche
1696 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern. Es braucht
1697 mehr regionale Gesundheitszentren und sektorenübergreifende
1698 Zusammenarbeit, den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der
1699 Präsenzapotheken. Die Hausarztpraxis muss die erste Anlaufstelle für
1700 Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben.

1701 **Wir wollen eine starke Pflege.** Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause
1702 gepflegt zu werden. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien,
1703 Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der
1704 Nachbarschaft. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den
1705 Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Wir wollen
1706 bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die
1707 Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für mehr
1708 Eigenvorsorge und wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung
1709 erhalten.

1710 **Ein Deutschland, das nachhaltig und** 1711 **souverän ist**

1712 Wir Christdemokraten sehen uns in der Verantwortung, die Schöpfung zu
1713 bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend. Nachhaltiges Denken
1714 und Handeln gehört zur DNA unserer Partei.

1715 Die CDU schuf das erste Bundesumweltministerium, sie stellte die Weichen
1716 für nachhaltiges Wachstum und saubere Energien. Mit der Einführung der

1717 Schuldenbremse haben wir unseren Kindern und Enkelkindern ein
1718 Versprechen für nachhaltige Finanzen gegeben.

1719 Klimawandel und die Gefährdung der biologischen Vielfalt sind eine
1720 Bedrohung für unsere Erde. Die Bewältigung dieser Herausforderungen kann
1721 nur mit den Menschen, nicht gegen sie gelingen. Daher gehören für uns
1722 Ökologie, Ökonomie und Soziales untrennbar zusammen.

1723 Wir Christdemokraten arbeiten für eine Umwelt, in der saubere Luft,
1724 sauberes Wasser und gute Böden eine Selbstverständlichkeit sind. Wir
1725 arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.
1726 Auch hierfür ist die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr
1727 sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Wir sind die Partei
1728 der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringt.

1729 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

1730 **Wir wollen eine bessere Welt hinterlassen**

1731 **Wir denken Politik immer nachhaltig.** Denn wir wollen die Welt besser
1732 hinterlassen, als wir sie heute vorfinden. Deswegen machen wir Politik immer
1733 auch im Sinne der nachfolgenden Generationen. Nachhaltigkeit verpflichtet
1734 uns zu einem Handeln mit Maß und Mitte, das uns als Gesellschaft ökologisch,
1735 ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und unseren Wohlstand
1736 erhält. Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der
1737 Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und
1738 unterstützen deren nationale Umsetzung durch die deutsche
1739 Nachhaltigkeitsstrategie.

1740 **Die Pariser Klimaziele sind unsere Richtschnur.** Wir haben den Ehrgeiz,
1741 eine treibende Kraft für den Klimaschutz und Vorbild für andere zu sein. Die
1742 im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045
1743 haben wir dabei fest im Blick – wohlwissend, dass Klimaschutz nur im
1744 globalen Kontext gelingen kann. Zugleich sehen wir unsere völkerrechtliche
1745 Verantwortung für die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen.
1746 Wir stehen zu unseren Zusagen zur globalen Klimafinanzierung und zur
1747 Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit.

1748 **Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen.** Maßnahmen zur
1749 Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind
1750 grundlegend in allen Politikfeldern. Der nachhaltige Umgang mit dem
1751 Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer
1752 Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Eine intakte Natur und Landschaft ist
1753 unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes Umfeld, für Tourismus,
1754 für unsere Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige
1755 Landwirtschaft und damit für unser Leben.

1756 **Wir setzen auf den weltweiten Emissionshandel.** Der Emissionshandel ist
1757 als marktwirtschaftliches Instrument unser Weg, um das Klima effizient zu
1758 schützen. Den Emissionshandel wollen wir international voranbringen und
1759 in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren als zentrales
1760 Klimainstrument stärken. Auf dem Weg dahin setzen wir auf Kooperationen
1761 wie Klimacub und Energiepartnerschaften.

1762 **Der Staat muss den Menschen etwas zurückgeben.** Für die Akzeptanz
1763 dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung
1764 grundsätzlich zur Entlastung insbesondere von Haushalten mit kleineren
1765 und mittleren Einkommen zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale
1766 Frage werden.

1767 **Wir setzen auf eine sichere, bezahlbare, saubere und technologieoffene**
1768 **Energieversorgung.** Der Energiemix von morgen ist vielfältig und
1769 energieeffizient. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
1770 Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
1771 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
1772 Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und
1773 bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land
1774 weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und
1775 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1776 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1777 Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten
1778 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

1779 **Deutschland muss bei Energieinnovationen an der Spitze stehen.** Wir
1780 werden die klimafreundliche Erzeugung und Speicherung gerade von Strom

1781 vorantreiben. Wir setzen bei der Gesamtenergieversorgung von morgen auf
1782 Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung. Dazu gehören derzeit
1783 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche Gaskraftwerke,
1784 Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie
1785 Fusionskraftwerke. Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.
1786 Wir müssen besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die
1787 Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverböten, sondern mit neuen Ideen
1788 gelingt uns der Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Verbraucher und
1789 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie zu jeder Tages-
1790 und Nachtzeit verfügbar ist.

1791 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.** Deutschland hat
1792 ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des CO₂-
1793 Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit
1794 einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur
1795 klimafreundlichen Erzeugung und Speicherung von Strom weiterhin mit uns
1796 erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Deutschland muss
1797 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Wir wollen mit
1798 modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,
1799 zum Vorbild für andere Länder werden.

1800 **Wir wollen den Rahmen für die Transformation so gestalten, dass unsere**
1801 **Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben.** Die notwendigen
1802 Innovationen sehen wir als Chance. Damit einhergehenden Belastungen,
1803 insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, wollen wir entschärfen.
1804 Dafür benötigen wir eine Industrie-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die
1805 Perspektiven gibt und Sicherheit schafft.

1806 **Wir müssen stärker in Kreisläufen denken.** Mit der Kreislaufwirtschaft
1807 ermöglichen wir nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern erschließen
1808 enorme Zukunftspotenziale. Wir wollen Kreislaufwirtschaft als
1809 grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; seien
1810 es Ressourcen wie Bodenschätze, aber auch für Lebensmittel, Wasser, Wärme
1811 oder auch Kohlenstoff. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft und hin
1812 zu einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft, die den Grundsätzen
1813 Reduzieren, Wiederverwenden, Recyceln folgt. Wir wollen eine CO₂-

1814 Kreislaufwirtschaft. Dafür bauen wir auf Kohlenstoff-Management, das CO₂
1815 abscheidet, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert. Wir sehen Kohlenstoff
1816 als wertvollen Rohstoff.

1817 **Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe.** Dem
1818 weltweiten Rückgang der Biodiversität können wir nur dann entschieden
1819 entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur
1820 schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der
1821 Biodiversität kommen wir unserer gemeinsamen Verantwortung für den
1822 Erhalt der Schöpfung nach. Wir nutzen die Chancen der modernen Technik
1823 für den Schutz der Artenvielfalt.

1824 **Wir wollen die Leistungen der Natur sichern.** Wald, Acker und Grünland,
1825 Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich eine große
1826 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1827 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser
1828 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

1829 **Unser Wald braucht starke Wurzeln.** Die Waldbäuerinnen und Waldbauern
1830 sichern mit der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine
1831 vielfältigen Funktionen. Wald ist Heimat, Lebensraum und Erholungsort. Er
1832 liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist CO₂-Speicher, eines der
1833 artenreichsten Biotop der Erde und Ursprung der Nachhaltigkeit. Wir
1834 fördern den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster Wälder
1835 und wollen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und
1836 weiterentwickeln.

1837 **Wir wollen Flächen nachhaltig nutzen.** In einem stark besiedelten Land wie
1838 Deutschland ist ein gemeinsames Bewusstsein für die begrenzte Fläche
1839 unerlässlich. Es ist daher geboten, sorgsam mit der uns zur Verfügung
1840 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen.

1841 **Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft**

1842 **Unser Leitbild ist eine vor Ort verwurzelte, bäuerliche Landwirtschaft.**
1843 Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst-
1844 und Gemüsebauern, Winzern und Fischern für gesunde und sichere

1845 Lebensmittel. Sie wirtschaften umweltfreundlich und gehen gut mit den
1846 Tieren um. Unsere regional verankerte leistungsfähige Landwirtschaft
1847 verbindet Eigentum und Denken in Generationen mit Engagement für die
1848 Heimat und Umweltschutz. Eine von Kapitalinvestoren bestimmte
1849 Landwirtschaft lehnen wir ab. Wir sind die Partei der Land- und
1850 Forstwirtschaft und der ländlichen Räume.

1851 **Die Ernährungssicherung ist Basis unserer Unabhängigkeit.** Die
1852 Erzeugung und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln
1853 und nachwachsenden Rohstoffen ist eine strategische Aufgabe zur Sicherung
1854 unserer Lebensgrundlagen. Ernährungssicherheit ist Voraussetzung jeder
1855 wirtschaftlichen Entwicklung und grundlegend für das Wohlergehen der
1856 Menschen und für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir wollen unsere
1857 Ernährungssouveränität und den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen zu
1858 bezahlbaren Preisen sichern und einen wesentlichen Beitrag zur
1859 Welternährung leisten. Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und
1860 Eigentum besser geschützt werden.

1861 **Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft muss objektiv bewertet**
1862 **werden.** Nur eine nachhaltige Landwirtschaft ist zukunftsfähig. Wir werden
1863 Indikatoren der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, die alle
1864 drei Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – gleichwertig
1865 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen.

1866 **Umwelt- und Naturschutz gehen nur mit der Landwirtschaft.** Zur
1867 Erreichung der klima- und umweltpolitischen Ziele braucht die
1868 Landwirtschaft Freiräume statt detaillierter Vorgaben. Wir setzen auf
1869 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Digitalisierung,
1870 Präzisionslandwirtschaft und neue genomische Züchtungstechnologien sind
1871 eine Chance, die Landwirtschaft umweltfreundlicher und
1872 wettbewerbsfähiger zu machen. Sie können helfen, unsere Ernten stabil zu
1873 halten und dabei weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen und weniger
1874 Wasser zu verbrauchen. Wir wollen deshalb einen verantwortungsvollen, auf
1875 klaren Regeln basierenden Einsatz neuer Technologien ermöglichen.

1876 **Mehr Tierwohl braucht mehr Rechtssicherheit und Transparenz.**
1877 Tierhaltung ist unverzichtbarer Teil einer kreislaforientierten

1878 Landwirtschaft. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und
1879 wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen
1880 verlässlichen Rechtsrahmen und eine sichere finanzielle Honorierung für
1881 erhöhte Tierwohlleistungen. Verbraucher müssen klar und verbindlich über
1882 Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.

1883 **Wir bekennen uns zu einem freien und fairen Agrarhandel und zur**
1884 **Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.** Unsere Bäuerinnen und Bauern
1885 brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn.
1886 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für
1887 die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu
1888 wirtschaften, ein gutes Einkommen zu erzielen und ihnen Schutz auf hoch
1889 volatilen Märkten bieten.

1890 **Leben und Wohnen in Stadt und Land**

1891 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie in Ost und West**
1892 **gleichermaßen stärken.** Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben
1893 gerne auf dem Land. Alle Menschen müssen dort gut leben und Heimat finden
1894 können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Der Staat trägt die
1895 Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse, dafür dass die
1896 Bedürfnisse aller Berücksichtigung finden. Dabei nehmen wir auf regionale
1897 und kulturelle Unterschiede und verschiedene historische Traditionen
1898 Rücksicht. Dort, wo die Menschen leben, müssen sie sich sicher fühlen.

1899 **Wir wollen gutes Leben in der Stadt.** Das Wohnumfeld muss in der
1900 Stadtentwicklungspolitik stärker mitgedacht werden. Wo die Nahversorgung
1901 nicht mehr sichergestellt ist, werben wir für kreative Modelle, die
1902 Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Orte der Kultur und
1903 Begegnung bündeln. Viel Stadtnatur bietet ein Höchstmaß an Lebensqualität,
1904 dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt
1905 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

1906 **Wir wollen gutes Leben auf dem Land.** Der ländliche Raum ist
1907 Zukunftsraum. Es ist Teil der Daseinsvorsorge des Staates, dafür zu sorgen,
1908 dass Menschen auf dem Land alles zum Leben vorfinden. Hierzu gehören vor
1909 allem eine ärztliche Grundversorgung, digitale Angebote und Infrastruktur,

1910 Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen. Wir
1911 unterstützen Unternehmen, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.
1912 Technologische Entwicklungen wie Telemedizin, autonomes Fahren und
1913 Drohnen geben Perspektiven und machen den ländlichen Raum attraktiv.

1914 **Es braucht mehr und bezahlbaren Wohnraum.** Das beste Mittel für
1915 bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen. Damit sich das
1916 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen erleichtern und
1917 günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie
1918 mehr Bauland, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und schnellere
1919 Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen
1920 und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale
1921 Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld indexiert werden,
1922 damit Mieten bezahlbar bleiben.

1923 **Die eigenen vier Wände geben Sicherheit.** Wir wollen, dass mehr Menschen
1924 in unserem Land Eigentümer werden können. Deshalb wollen wir bei der
1925 Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge für die erste
1926 selbstgenutzte Immobilie einführen und die Nebenkosten beim Erwerb einer
1927 Immobilie senken. Das erfolgreiche Baukindergeld wollen wir dauerhaft
1928 bereitstellen. Wir wollen regional passende und sichere Mietkaufmodelle
1929 entwickeln. Das Erbbaurecht wollen wir stärken.

1930 **Für Wahlfreiheit in der Mobilität**

1931 **Mobilität ist Ausdruck von Freiheit.** Die menschlichen Bedürfnisse nach
1932 Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem
1933 Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab. Wir
1934 schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Für uns
1935 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1936 gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und
1937 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. Wir
1938 stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart.

1939 **Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher**
1940 **werden.** Wir werden massiv in unsere Schieneninfrastruktur investieren, um
1941 Strecken zu elektrifizieren, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen

1942 und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. Netz und Betrieb müssen
1943 stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist
1944 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

1945 **Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden.** Der öffentliche
1946 Personennahverkehr muss schnell ausgebaut werden, damit das Angebot
1947 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. Sie sind wichtiger als die
1948 weitere Senkung der Fahrpreise. Es braucht ein robustes Schienennetz und
1949 mehr Mobilität auf Nachfrage.

1950 **Wir setzen auf eine moderne Mobilität und Technologieführerschaft.** Wir
1951 wollen die Technologieführerschaft für nachhaltige Antriebe, in der Luftfahrt,
1952 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility
1953 werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen
1954 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege und den
1955 Aufbau von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen. Die Zukunft des
1956 Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und
1957 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien wie den
1958 Hyperloop in den Blick nehmen.

1959 **Finanzielle Spielräume für kommende Generationen sichern**

1960 **Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit.** Die
1961 Garantie dafür ist die Schuldenbremse. Sie sichert die langfristige
1962 Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Wir wollen, dass auch zukünftige
1963 Generationen die Ziele ihrer Politik selbst definieren und eigene
1964 finanzwirksame Entscheidungen treffen können. Es soll der Grundsatz
1965 gelten, dass in Krisenzeiten aufgenommene Schulden in einer Generation
1966 zurückgezahlt werden.

1967 **Wir stehen zu den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit.**
1968 Schattenhaushalte wie schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ erschweren
1969 die Einhaltung dieser Prinzipien. Deshalb lehnen wir Schattenhaushalte
1970 grundsätzlich ab. Schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ dürfen nur in
1971 äußersten Ausnahmefällen eingerichtet und später nicht für andere Zwecke
1972 umgewidmet werden.

1973 **Wir wollen transparente und vergleichbare Haushalte.** Wir wollen, dass
1974 alle staatlichen Leistungen mit Wirkungskennzahlen verknüpft und
1975 regelmäßig überprüft werden. Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten,
1976 sich jährlich und digital darüber zu informieren. Zukunftsausgaben müssen
1977 aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Haushalte müssen immer auch
1978 ihre Zukunftslasten ausweisen.

1979 **Wir verlangen klare Haushaltsregeln in der EU.** Eine verlässliche und
1980 stabilitätsorientierte Fiskalpolitik in Europa schafft eine starke EU und ist
1981 wesentlich für den dauerhaften Zusammenhalt der Staatengemeinschaft. Die
1982 Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalvertrages
1983 müssen weiterentwickelt werden. Dabei müssen die Maastricht-Kriterien,
1984 insbesondere die Schuldenstandsquote von 60 Prozent des
1985 Bruttoinlandsproduktes (BIP) und das jährliche Defizit-Kriterium von drei
1986 Prozent des BIP, weiterhin für alle Mitgliedstaaten verbindlich bleiben. Damit
1987 setzen wir ein klares Signal für Haushaltsdisziplin. Eine direkte
1988 Verschuldung auf europäischer Ebene, insbesondere verbunden mit einer
1989 gesamtschuldnerischen Haftung, lehnen wir ab.

1990 **Ein Staat, der funktioniert und vorangeht**

1991 Wir Christdemokraten wollen einen Staat, der Sicherheit gibt, Freiräume
1992 schafft und den Einzelnen nicht bevormundet. Wir sind stolz auf unser Land
1993 – auf unser Grundgesetz, den Rechtsstaat, unsere föderale Ordnung und
1994 unsere stabile Demokratie. All das haben wir seit Gründung der
1995 Bundesrepublik entscheidend geprägt.

1996 Mit den Herausforderungen wachsen auch die Anforderungen an einen
1997 funktionierenden Staat. Wir blicken heute auf einen
1998 modernisierungsbedürftigen Staat. Zuständigkeiten sind oftmals nicht klar
1999 verteilt. Vieles läuft zu langsam, zu bürokratisch, zu analog, zu kompliziert.

2000 Wir brauchen für unseren Staat einen Modernisierungsschub. Vieles muss
2001 auf den Prüfstand gestellt, Strukturen und Hierarchien müssen neu gedacht
2002 werden. Leitend dafür ist die Frage, bei welchen Aufgaben die Staatstätigkeit
2003 reduziert werden kann. Überflüssige Bürokratie zugunsten einer

2004 leistungsfähigen bürgernahen Verwaltung abzubauen, ist eine dringende und
2005 ständige Aufgabe.

2006 Die Kraft für diesen Modernisierungsschub, für mehr Aufbruch und
2007 Erneuerung steckt in uns. Wir arbeiten entschlossen daran, unser
2008 Staatswesen fit für die Zukunft zu machen.

2009 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

2010 **Wie wir den Staat denken**

2011 **Wir wollen einen dienenden Staat.** Der Staat ist nicht für sich selbst,
2012 sondern für die Bürger gegründet. Er darf die Bürger nicht bevormunden,
2013 sondern er muss ihre Freiheit schützen, ihnen Sicherheit bieten und die
2014 Grundversorgung sicherstellen. Wir streben konsequent nach einem Staat,
2015 der den Bürgern mehr ermöglicht, als er verhindert. In unserem Staat trägt
2016 dabei jeder Einzelne als Bürger immer auch Verantwortung für das Ganze.

2017 **Wir wollen einen funktionierenden Staat.** Als CDU geben wir den Bürgern
2018 in unserem Land ein Versprechen: Wir arbeiten für einen Staat, der
2019 funktioniert. Für einen Staat, der durch Reformen schneller, funktionaler,
2020 effizienter wird. Wir müssen raus aus der Komplexitätsfalle, also Prozesse
2021 verschlanken und vereinfachen. Dazu werden wir Führungsebenen
2022 reduzieren, Teamarbeit etablieren, die Möglichkeit zur Besetzung von
2023 Führungspositionen mit externen Experten auf Zeit ermöglichen und
2024 Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung Erfahrungen in privaten
2025 Organisationen machen lassen. Kurzum: Wir wollen einen modernen, agilen
2026 und handlungsfähigen Staat, auf den sich die Bürger verlassen können.

2027 **Wir wollen einen lernenden Staat.** Politische Entscheidungen sollen
2028 dynamisch und auf Basis von Daten, Fakten und strategischer Vorausschau
2029 getroffen werden. Jede Maßnahme soll mit klaren, messbaren Zielen
2030 hinterlegt werden. Der lernende Staat muss immer bis zum Ende denken und
2031 muss sich in seinen Prozessen kontinuierlich überprüfen. Er muss die
2032 Chancen der Digitalisierung besser nutzen.

2033 **Wir wollen einen krisenfesten Staat.** Er muss in der Lage sein, schnell und
2034 wirksam auf Herausforderungen und Krisen wie Naturkatastrophen und

2035 Cyber-Angriffe zu reagieren. Unser Ziel ist eine stabile, resiliente
2036 Gesellschaft, die auch in schwierigen Zeiten nicht auseinanderbricht,
2037 sondern Krisen abfedern und sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen kann.
2038 Wir wollen eine Überarbeitung der Notstandsverfassung unseres
2039 Grundgesetzes. Auch im Krisenfall muss dabei der Deutsche Bundestag das
2040 zentrale Verfassungsorgan bleiben.

2041 **Wir wollen den verbindenden Geist unserer Verfassung stärken.** Unser
2042 Staat, unsere Verfassung und unsere Gemeinschaft leben von einem Geist,
2043 der verbindet. Die Kultur unserer Verfassung beruht auf gemeinsamen
2044 Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs, die Staat und Gesellschaft
2045 gleichermaßen im Bewusstsein zu halten und zu verteidigen haben. Dieses
2046 Grundverständnis darf nicht beliebig dem Zeitgeist angepasst werden.
2047 Verfassungswandel ist kein Automatismus, sondern für uns gilt:
2048 Verfassungswandel nur durch Verfassungsänderung.

2049 **Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie.** In unserer Demokratie
2050 lenken die Bürger durch gewählte Volksvertreter die Geschicke der Politik.
2051 Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger zum
2052 Beispiel als kommunale Mandatsträger für das Gemeinwesen engagieren.
2053 Partizipative Demokratieelemente können eine sinnvolle Ergänzung sein,
2054 aber sie können etablierte Repräsentationsverfahren nicht ersetzen.

2055 **Unser Ziel sind lebendige, selbstbewusste Parlamente.** Wichtige
2056 Entscheidungen der Regierungen müssen in den vom Volk gewählten
2057 Parlamenten debattiert werden. Denn der Plenarsaal ist das zentrale Forum
2058 der Demokratie. Die Parlamente müssen die Regierungen und die öffentliche
2059 Verwaltung effektiv kontrollieren können. Wir stellen uns einer immer
2060 stärkeren Auslagerung von politischen Entscheidungen in informelle
2061 Gremien und in „Expertenkommissionen“ sowie auf die internationale Ebene
2062 entgegen.

2063 **Das Parlament muss leistungsfähiger werden.** Unser Ziel sind schlanke,
2064 effiziente Parlamente. Dazu braucht es eine Reform der Parlamentsarbeit, die
2065 vermehrt auf eine Erfolgs- und Vollzugskontrolle setzt und sich nicht nur in
2066 Kleinstdetails der Gesetzgebung oder in einer Darstellung von
2067 Regierungsinformationen verlieren soll. Abgeordnete sollten ihre Bezüge

2068 nicht für sich selbst, sondern immer erst für die Abgeordneten der
2069 nachfolgenden Wahlperiode festlegen.

2070 **Das Wahlrecht muss nachvollziehbar und verständlich sein.** Ein reines
2071 Verhältniswahlrecht lehnen wir ab. Wir setzen auf Elemente des Personen-
2072 und Mehrheitswahlrechts. Das Wahlalter ist für uns gekoppelt an die
2073 Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.

2074 **Wir setzen auf Föderalismus.** Die föderale Struktur Deutschlands ist
2075 Ausdruck von gewachsenem kulturellen und geschichtlichen
2076 Selbstverständnis, von Heimat und Identität seiner Bürger. Föderalismus
2077 und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Prinzipien unseres
2078 Staates und funktionieren nur im gemeinsamen Willen zur Gestaltung. Die
2079 Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum.

2080 **Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken.** Nur mit soliden
2081 Finanzen gelingt Demokratie vor Ort. Wir bekennen uns zum Grundsatz der
2082 Konnexität („Wer bestellt, bezahlt“). Wir werden die Finanzautonomie der
2083 Kommunen stärken und den kommunalen Gestaltungsrahmen für eigene
2084 kommunale Steuern erweitern. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern vor
2085 Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, damit die Selbstverwaltung,
2086 die örtliche Demokratie und die Mitwirkung gestärkt werden.

2087 **Wir setzen auf Subsidiarität.** Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet für uns,
2088 dass übergeordnete Ebenen nur die Aufgaben wahrnehmen, die sie besser
2089 lösen können als untergeordnete Ebenen. Im Hinblick darauf wollen wir, dass
2090 Bund und Länder ihre Aufgaben entflechten. Die Länder sollen nicht nur eng
2091 zusammenarbeiten, sondern auch stärker in den Wettbewerb um die besten
2092 Ideen gehen. Die Kommunen sind und bleiben für uns ein föderaler
2093 Bestandteil der Länder. Die Verantwortungsprinzipien müssen sich auch in
2094 den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln. Wir wollen die
2095 Subsidiaritätsprüfung der EU stärker nutzen, um unsere Kommunen besser
2096 vor dem Durchgriff der EU zu schützen. Auch auf Bundesebene wollen wir
2097 eine Subsidiaritätsprüfung etablieren, so dass vor Gesetzesvorhaben die
2098 Auswirkungen der Gesetzgebung und des Vollzuges auf die kommunale
2099 Selbstverwaltung besser abgeschätzt werden.

2100 **Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden.** Um unsere
2101 Vorstellungen von Föderalismus und Subsidiarität umzusetzen, brauchen
2102 wir eine Föderalismusreform. Diese muss auch die Herausforderungen einer
2103 digitalen und technischen Standardisierung im Bundesstaat lösen.

2104 **Wie wir die Verwaltung denken**

2105 **Der Staat muss schneller werden.** Unser Staat braucht für viele
2106 Genehmigungsprozesse zu lange. Wir müssen die Planung konsequent
2107 beschleunigen. Dafür braucht es mehr systematische Zusammenfassung im
2108 Verwaltungsrecht und weniger kleinteilige Regelungen. Als allgemeiner
2109 Grundsatz soll gelten: „Ein Projekt – ein Verfahren“. Zur schnelleren
2110 Umsetzung national bedeutsamer Infrastrukturprojekte wollen wir verstärkt
2111 Bundesgesetze und Bundesgesellschaften nutzen. Kommunen brauchen
2112 mehr Freiräume durch pauschal zugewiesene Finanzmittel und durch
2113 Experimentierräume.

2114 **Behörden müssen bürgerfreundlicher werden: Digital wird Standard.**
2115 Ämter und Behörden sind für die Bürger da. Wir wollen deshalb
2116 Bearbeitungs- und Verwaltungsprozesse verschlanken und stärker
2117 automatisieren. Durch technologische Innovation entlasten wir die
2118 Mitarbeiter der Verwaltung und erleichtern den Bürgern den Zugang zu
2119 staatlichen Angeboten und Prozessen. Dabei wird der digitale Prozess zum
2120 Standard. Für Menschen, die sich mit dem digitalen Weg schwertun, setzen
2121 wir auf Unterstützung in den Behörden vor Ort und in Form von Digitallotsen.
2122 Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen.

2123 **Der Staat muss unbürokratischer werden.** Wir brauchen eine
2124 funktionierende Bürokratiebremse und eine wirksame staatliche
2125 Selbstbeschränkung – nicht nur auf der Ebene der Gesetzgeber und der
2126 Regierungen, sondern auch auf der Ebene der mittelbaren Staatsverwaltung
2127 und in deren Selbstverwaltungskörperschaften. Es ist dringend notwendig,
2128 überflüssige Bürokratie abzubauen, auch zugunsten einer leistungsfähigen
2129 Verwaltung. In diesem Zusammenhang wollen wir den Nationalen
2130 Normenkontrollrat aufwerten und in das Bundeskanzleramt zurückholen.
2131 Statt immer mehr externer Berater brauchen wir in den Behörden

2132 regelmäßige interne Stresstests und eine flexible „interne
2133 Unternehmensberatung“.

2134 **Es braucht nicht mehr, sondern bessere Gesetze.** Dazu wollen wir eine
2135 Reform unserer Rechtsetzungsprozesse und eine neue Art der Gesetzgebung
2136 anstoßen. Wir wollen weg von kleinteiligen Paragrafenregelungen, hin zu
2137 strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung. Dazu setzen wir
2138 konsequent auf Evaluationen, Befristungen und eine nachprüfbare
2139 Kennzahlensteuerung und Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen.
2140 Gesetze sollen grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft
2141 treten. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen
2142 und Bürger und Unternehmen. Wir werden neue Gesetze zudem immer auch
2143 in digitaltauglicher Form beschließen, damit diese in einer digitalen
2144 Verwaltung automatisiert ausgeführt werden können. Es muss generell
2145 gelten: Wenn es nicht notwendig ist, eine Regelung zu erlassen, dann ist es
2146 notwendig, keine Regelung zu erlassen.

2147 **Wir wollen Bundesexperimentierräume einführen.** Unser Land braucht
2148 eine „Einfach-mal-machen-Mentalität“. Statt mutig neue Wege zu gehen,
2149 verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragrafen. Wir wollen deshalb
2150 Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder
2151 um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen –
2152 auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So
2153 könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert
2154 werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

2155 **Wir setzen auf eine datenbasierte Verwaltung.** Wir wollen und müssen es
2156 dem Staat ermöglichen, auf relevante Daten zuzugreifen. Nur eine
2157 datenbasierte Verwaltung kann eine digitalisierte Verwaltung gewährleisten.
2158 Privater Datenschutz und staatliche Datennutzung dürfen keine Gegensätze
2159 sein, sondern müssen nebeneinander möglich sein. Wir verstehen
2160 Datenschutz nicht nur als Abwehrrecht gegen den Staat, sondern
2161 Datennutzung auch als Teilhaberecht an staatlichen Leistungen. Beim
2162 Umgang mit Daten orientieren wir uns am „Once-Only“-Prinzip: Bürger und
2163 Unternehmen sollen Standardinformationen nur ein einziges Mal mitteilen
2164 müssen.

2165 **Regierungen und Behörden müssen schlanker werden.** Unser Ziel ist es,
2166 die Zahl der Bundesbehörden zu reduzieren. Wir wollen das Personalwesen
2167 aller Ministerien bündeln. Regierungen und Behörden müssen mit den
2168 Ressourcen auskommen, die sie haben. Wir brauchen nicht für jedes neue
2169 Problem einen neuen Beauftragten oder eine neue Behörde.

2170 **Unser Staat braucht eine umfassende Aufgabenkritik.** Wir setzen uns dafür
2171 ein, dass jede staatliche Aufgabe ein gesamtstaatliches Preisschild erhält.
2172 Wenn der Staat eine Aufgabe übernimmt, muss der Bürger wissen, was für
2173 ein Aufwand dahintersteckt. Die Bürger müssen zudem nachvollziehen
2174 können, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe verantwortlich ist und
2175 warum. Das Konnexitätsprinzip ist für uns dabei leitend.
2176 Mischfinanzierungen wollen wir verhindern.

2177 **Deutschland braucht einen attraktiven öffentlichen Dienst.** Der Staat ist
2178 auf leistungsfähige Angestellte und Beamte angewiesen. Wir bekennen uns
2179 zu einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Seine Stärke sind seine
2180 qualifizierten und motivierten Mitarbeiter. Mit ihnen gemeinsam wollen wir
2181 die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsstrukturen weiter verbessern.
2182 Berufsbeamtentum wollen wir künftig vor allem dort, wo es um hoheitliche
2183 Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht. Kosten für
2184 Pensionsrückstellungen müssen klar beziffert werden.

2185 **Der öffentliche Dienst soll flexibler werden.** Der öffentliche Dienst braucht
2186 flexiblere Einstiegsvoraussetzungen, ein flexibleres Laufbahnrecht, eine
2187 stärker leistungsorientierte Vergütung und attraktivere Arbeitsorte. Wir
2188 wollen die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, privatem Bereich und
2189 Wissenschaft verbessern. Gefragt ist ein aktives Personalmanagement.

2190 **Mit unseren Werten in die Zukunft**

2191 Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen. In diesem
2192 Grundsatzprogramm haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir
2193 Christdemokraten besitzen: unsere Grundwerte, unsere Überzeugungen und
2194 Vorstellungen für die Zukunft.

2195 Wir glauben an die Menschen. Wir nehmen sie so, wie sie sind. Wir wollen sie
2196 nicht verändern.

2197 Wir wollen unser Land voranbringen. Wir wollen Aufbruch, Erneuerung und
2198 Modernisierung. Dazu müssen wir Veränderungen erkennen, mit unseren
2199 Grundsätzen zusammenbringen und auf der Grundlage unserer Werte
2200 immer wieder neu die Zukunft gestalten. Das macht uns als moderne
2201 Volkspartei aus.

2202 Unser Wesenskern ist das Zusammenführen. Wir bauen auf ein starkes
2203 Fundament und gestalten so Politik für eine Gesellschaft, die zusammenhält.

2204 Wir wollen ein Land, das frei und sicher ist; eine Gesellschaft, die
2205 zusammenhält und Chancen eröffnet; eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle
2206 schafft; ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; einen Staat, der
2207 funktioniert und vorangeht.

2208 Wir laden jeden, der unsere Werte und Ziele teilt, ein, diese Aufgabe mit uns
2209 zu bewältigen. So wie die Frauen und Männer, die unsere Partei 1945
2210 gründeten, glauben auch wir an eine bessere Zukunft für alle. Wir wollen
2211 diese Zukunft gestalten – mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht.

2212 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.